



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



EMAS
Geprüftes
Umweltmanagement

REG.NO. DE-110-00025

Aktualisierte Umwelterklärung 2011

für den Dienstsitz Bonn,
Robert-Schuman-Platz 3



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	6
2. Das BMU im Überblick und die Aufgaben und Tätigkeiten	9
3. Umweltmanagement im BMU	12
3.1. Umweltleitlinien des BMU	16
3.2. Organisation und Dokumentation des Umweltmanagements im BMU	17
3.3. Beteiligung der MitarbeiterInnen am EMAS-Prozess	19
3.4. EMAS-Ziele im Bereich Fort-/Ausbildung Gleichstellung und Gesundheit	20
4. Umweltrechtliche Anforderungen an das BMU	25
5. Direkte und indirekte Umweltaspekte	27
5.1. Indirekte Umweltaspekte	28
5.2. Direkte Umweltaspekte im BMU	35
6. Ihr Ansprechpartner im BMU	53
7. Gültigkeitserklärung	54

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufgaben und Tätigkeiten	<u>9</u>
Abbildung 2: Grundriss und Lageplan des Dienstsitzes Bonn,	10
Abbildung 3: Instrumente der Planung, Umsetzung und Kontrolle	15
Abbildung 4: Organigramm EMAS.....	18
Abbildung 5: Bewertung der indirekten Umweltaspekte	32
Abbildung 6: Bewertung der direkten Umweltaspekte	37
Abbildung 7: Verbrauchsdaten für Fernwärme und Strom 2007 bis 2010	43
Abbildung 8: Verbrauchsdaten für Dienstreisen 2006 bis 2009 (Bonn und Berlin) ...	44
Abbildung 9: CO ₂ -Ausstoß Fernwärme 2007 bis 2010 (gesamter Dienstsitz Bonn). 47	
Abbildung 10: CO ₂ -Ausstoß Dienstreisen 2007 bis 2010 (BMU, Bonn und Berlin) ..	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: EMAS-Ziele im Bereich.....	22
Tabelle 2: Bewertung der Umweltaspekte	27
Tabelle 3: Neue Ziele	33
Tabelle 4: Übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2007 bis 2010	34
Tabelle 5: Übergeordnete Ziele für den Validierungszeitraum 2009 bis 2012	37
Tabelle 6: Offene Maßnahmen	38
Tabelle 7: Abgeschlossene/geprüfte Maßnahmen	39
Tabelle 8: Input Energie 2007 bis 2010	42
Tabelle 9: Gesamtenergieverbrauch	42
Tabelle 10: Treibstoffverbrauch Fahrdienst 2007 bis 2010.....	43
Tabelle 11: Input.....	44
Tabelle 12: Output CO ₂ - Emissionen 2007 bis 2010	46
Tabelle 13: Output CO ₂	47
Tabelle 14: Output Abfälle 2007 bis 2010.....	49
Tabelle 15: Kennwert Abfall.....	50
Tabelle 16: Input Wasser 2007 bis 2010	50
Tabelle 17: Kennwert Wasserverbrauch.....	51
Tabelle 18: Kernindikatoren Bereich Wasser.....	51
Tabelle 19: Input Betriebsmittel 2007 bis 2010.....	52
Tabelle 20: Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz	52

Abkürzungsverzeichnis

AG (PE)	Arbeitsgruppe (Personalentwicklung)
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
UBA	Umweltbundesamt
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
AL ZG	Abteilungsleiter Zentralabteilung, Grundsatzangelegenheiten des Umweltschutzes
UA	Umweltausschuss
FaSi	Fachkraft für Arbeitssicherheit
TGM	Technisches Gebäudemanagement
GLT	Gebäudeleittechnik
UFO-Plan	Umweltforschungsplan
CBD	Convention on Biological Diversity (Biodiversitäts-Konvention)

1. Vorwort

Die Bundesregierung hat für ihren eigenen Geschäftsbereich im Dezember 2010 ein Nachhaltigkeits-Programm beschlossen, das unter anderem den Energie- und Ressourcenverbrauch deutlich verringern und die CO₂-Emissionen der Bundesregierung bis 2020 gegenüber 1990 halbieren soll. Diese langfristigen Ziele spiegeln sich in unseren Umweltschwerpunkten wider. Wir unterstützen eine schrittweise Integration von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Das europäische Umweltmanagementsystem EMAS verpflichtet uns dabei zu einer kontinuierlichen Verbesserung unserer Umweltleistung.

Wir leisten unseren Beitrag zur Ressourcenschonung, indem wir unsere Flüge CO₂-frei stellen und die Bundesbahn für unsere Bahnfahrten - wie auch die der gesamten Bundesregierung und deren Geschäftsbereich - Öko-Strom bezieht. Im Rahmen unserer Umweltpolitik, die ebenfalls Bestandteil unserer EMAS-Teilnahme ist, fördern wir den Ausbau erneuerbarer Energien und haben die ökologische Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft insgesamt zu einem Schwerpunkt unseres Handelns gemacht.

Wir wollen in besonderem Maße umweltpolitische Instrumente entwickeln, die Chancen nachhaltigen Wirtschaftens eröffnen. Anspruchsvolle Maßstäbe im Umweltschutz führen zu einer hohen technologischen Leistungsfähigkeit von Unternehmen. Unternehmen und Organisationen mit einem Umweltmanagementsystem nach EMAS sind in der Lage, ihre Verbesserungs- und Innovationspotenziale systematisch zu erkennen, zu nutzen und zu kommunizieren. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, dieses System auch weiterhin zu stärken und Anreize für seine weitere Verbreitung zu setzen. Im Bereich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Beispiel erbringt ein EMAS-Unternehmen des produzierenden Gewerbes den Nachweis des Energieverbrauchs und der -einsparpotenziale ohne weiteres mit der Vorlage seiner Registrierungsurkunde. Die gerade novellierte EMAS-Verordnung enthält Kernindikatoren zu Energieverbräuchen,

Treibhausgasen oder Luftemissionen sowie zu Wasserverbrauch und Abfallaufkommen, die später wiederum genutzt werden könnten, um Nachweispflichten an anderer Stelle zu genügen.

Im Rahmen der Fortführung unseres Umweltmanagements wurden weitere Ziele festgelegt und Maßnahmen ergriffen, die den Weg zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, auch im Sinne der künftigen Norm ISO 26000, dem Leitfaden gesellschaftlicher Verantwortung, aufzeigen. Sie betreffen die Bereiche Fort- und Ausbildung, Gleichstellung und betriebliches Gesundheitsmanagement.

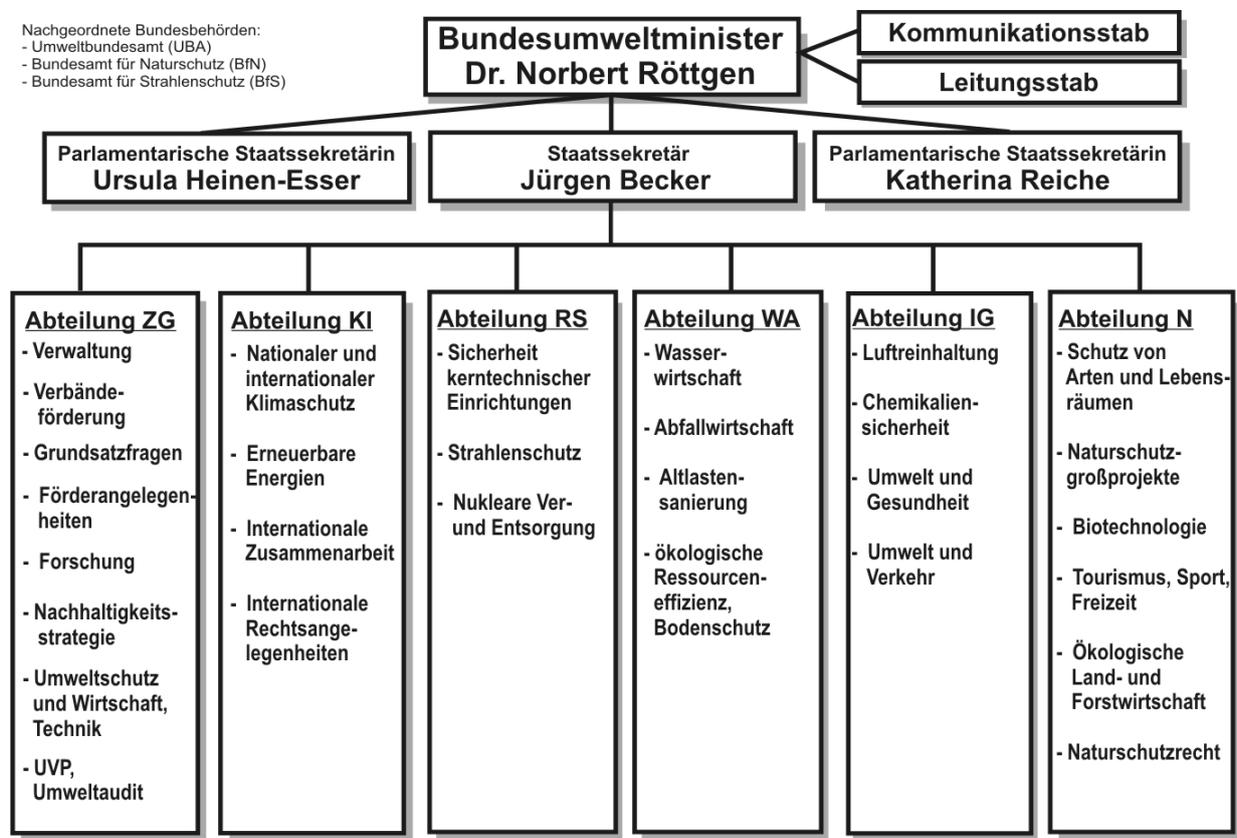
Jürgen Becker

Staatssekretär

2. Das BMU im Überblick und die Aufgaben und Tätigkeiten

Bis 1986 kümmerten sich innerhalb der Bundesregierung drei verschiedene Ministerien um Belange des Umweltschutzes: das Innenministerium, das Landwirtschafts- und das Gesundheitsministerium. Am 6. Juni 1986 wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gebildet. Es ist seitdem innerhalb der Bundesregierung federführend verantwortlich für die Umweltpolitik des Bundes. Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen insgesamt rund 815 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.423 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.

Abbildung 1: Aufgaben und Tätigkeiten



nach einem gestalterischen Gesamtkonzept („Japanischer Garten“) intensiv gestaltet. Änderungen sind mit dem ursprünglichen Gartenarchitekten abzustimmen.

Im BMU sind neben den Räumlichkeiten für die Leitung und Pendlerzimmer für Kolleginnen und Kollegen des Berliner Dienstsitzes insbesondere die Abteilungen Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung (RS), Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz (WA), Umwelt und Gesundheit, Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr, Chemikaliensicherheit (IG) und Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung (N), die Unterabteilung I der Zentralabteilung, Grundsatzfragen des Umweltschutzes (ZG I) und die Personalvertretungen mit 662 Beschäftigten untergebracht.

Die weiteren Nutzer im Hauptgebäude aus dem Geschäftsbereich des BMU - die Kommissionen für Reaktorsicherheit (RSK), Strahlenschutz (SSK) und der Messnetzknotten mit 30 Beschäftigten - sowie die Museumsstiftung für Post und Telekommunikation (MusSt PT) mit 8 Beschäftigten, sind nicht in die Validierung einbezogen; das Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) mit 561 Beschäftigten hat sich im Jahr 2009 erstmals zertifizieren lassen. Im Hauptgebäude sind somit insgesamt 1.261 Beschäftigte untergebracht.

Die auf der Liegenschaft befindlichen Pavillons werden durch das Streitkräfteamt der Bundeswehr mit 300 Beschäftigten genutzt.

Die EMAS-Validierung des BMU bezieht sich zunächst ausschließlich auf den Dienstsitz in Bonn. Abteilungen aus Berlin unterstützen inhaltlich das Projekt und sind in Projektteams beteiligt.

Seit der Umwelterklärung 2006 haben sich keine wesentlichen Änderungen im BMU ergeben. Bei der Kennzahlenermittlung wurden die Beschäftigtenzahlen entsprechend berücksichtigt.

Der neue bundeseigene Berliner Dienstsitz des BMU entsteht in der Stresemannstr. 128, wird nach derzeitiger Bauzeitplanung Anfang 2011 fertig gestellt und als ökologisch modellhaftes Bauvorhaben (z.B. Brennstoffzelle, Photovoltaik, baulicher Wärmeschutz) gebaut. Das Bauvorhaben gliedert sich in einen ökologisch vorbildlich sanierten Altbauteil und einen Neubau, der ein dem Passivhausstandard vergleichbares energetisches Niveau erhalten und bauökologisch deutlich als Umweltministerium wahrnehmbar sein soll. Da nicht alle Beschäftigten in der Stresemannstraße untergebracht werden können, werden zusätzliche Räume in Köthenerstraße angemietet. Es ist geplant, den Berliner Dienstsitz 2012 mit beiden Liegenschaften ebenfalls als EMAS-Standort registrieren zu lassen.

3. Umweltmanagement im BMU

- Allgemeines

Das Bundesumweltministerium ist dem Erhalt einer gesunden Umwelt und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen für jetzige und zukünftige Generationen verpflichtet. Dementsprechend ist es unser Ziel, die deutsche Umweltpolitik vor dem Hintergrund nationaler, europäischer und globaler Aufgaben im Umweltschutz ständig fortzuentwickeln.

Die Aufgabenstellung des BMU wird durch die Europäische Union (EU) und die Gesetzgebungskompetenz von Bund und den Ländern beeinflusst.

Die **Entscheidungen des Ministerrates der EU** beeinflussen die Gesetzgebung Deutschlands wie der anderen EU-Staaten auf unterschiedliche Weise:

- Verordnungen werden unmittelbar geltendes Recht in allen EU-Staaten. Richtlinien sind von den Mitgliedstaaten innerhalb einer festgesetzten Frist in nationales Recht umzusetzen und zu vollziehen.

Aus dem Grundgesetz ergeben sich im Rahmen der **Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern** drei verschiedene Ebenen:

- Die **ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis** hat der Bund bei allen internationalen und EU-Angelegenheiten, beispielsweise für Umweltschutzverträge mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen, aber auch für den Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Ausführung des Atomgesetzes erfolgt, von Ausnahmen abgesehen, durch die Länder im Auftrag des Bundes. Dabei unterliegen die zuständigen Landesbehörden hinsichtlich der Recht- und Zweckmäßigkeit ihres Handelns der Aufsicht durch den Bund.
- Die **konkurrierende Gesetzgebungskompetenz** gilt u.a. für die Bereiche Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Chemikaliensicherheit, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Raumordnung sowie Recht der Landwirtschaft. Macht der Bund von diesem Recht Gebrauch, gilt der Grundsatz "Bundesrecht bricht Landesrecht". Eine Besonderheit gilt für das Atomrecht, in dem der Bund ein weitgehendes Weisungsrecht gegenüber den Ländern hat.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat das BMU die **Schwerpunkte seiner Umweltpolitik** (z.B. Klima und Energie) entwickelt und durch Abteilungsziele unterlegt, die jährlich fortgeschrieben werden (Projekte, UFOPLAN, Zielvereinbarungen mit UBA, BfN und BfS als nachgeordnete Behörden). Die Schwerpunkte der Umweltpolitik des Bundesumweltministeriums sind auf der BMU-Website dargestellt (www.bmu.de). Sie vermitteln das politische Profil des BMU in der Öffentlichkeit. Bei den Schwerpunkten wird differenziert zwischen Grundsatzfragen, die die gesamte Legislaturperiode betreffen (Beispiele: Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Bürokratieabbau), und solchen, die regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst werden müssen (Beispiele: Luftemissionen, Hochwasserschutz, Handlungsbedarf zur Umsetzung von EU-Rechtsnormen oder internationalen Vereinbarungen).

- Unsere Umweltpolitik

Die Umweltpolitik hat in den vergangenen Jahren stark an Einfluss und Status gewonnen. Der Umweltschutz ist unbestritten eine Querschnittsaufgabe geworden. Heute besteht die Herausforderung darin, die Industriegesellschaft vor dem Hintergrund schwieriger werdender globaler Rahmenbedingungen (Klimaschutz, Rohstoffverfügbarkeit, rasante wirtschaftliche Globalisierung) aktiv zu gestalten und damit zukunftsfähig zu machen. Die Potenziale der Umweltpolitik für mehr Beschäftigung und Innovation müssen weiter ausgeschöpft werden, denn Umweltschutzgüter sind ein Wachstumssegment auf dem Weltmarkt. Wir wollen Wettbewerbsvorteile für die deutsche Wirtschaft durch einen intelligenten Umweltschutz erreichen, der Investitionen und Innovationen ermöglicht und Arbeitsplätze schafft.

Die moderne Umweltpolitik hat eine Vision des nachhaltigen Wirtschaftens. Sinn und Zweck dieser Vision ist der Erhalt bzw. die Wiederherstellung einer intakten natürlichen Umwelt. Sie ist für den Menschen überlebenswichtig. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei uns in Deutschland großräumige intakte Natur und Städte mit hoher Umweltqualität erleben können und aus dieser Erfahrung heraus zu verantwortlich handelnden Akteuren im Ökosystem Erde werden.

In der Energiepolitik geht es darum, drei Ziele zu erreichen, nämlich Versorgungssicherheit, angemessene, sozialverträgliche Preise und Klimaschutz.

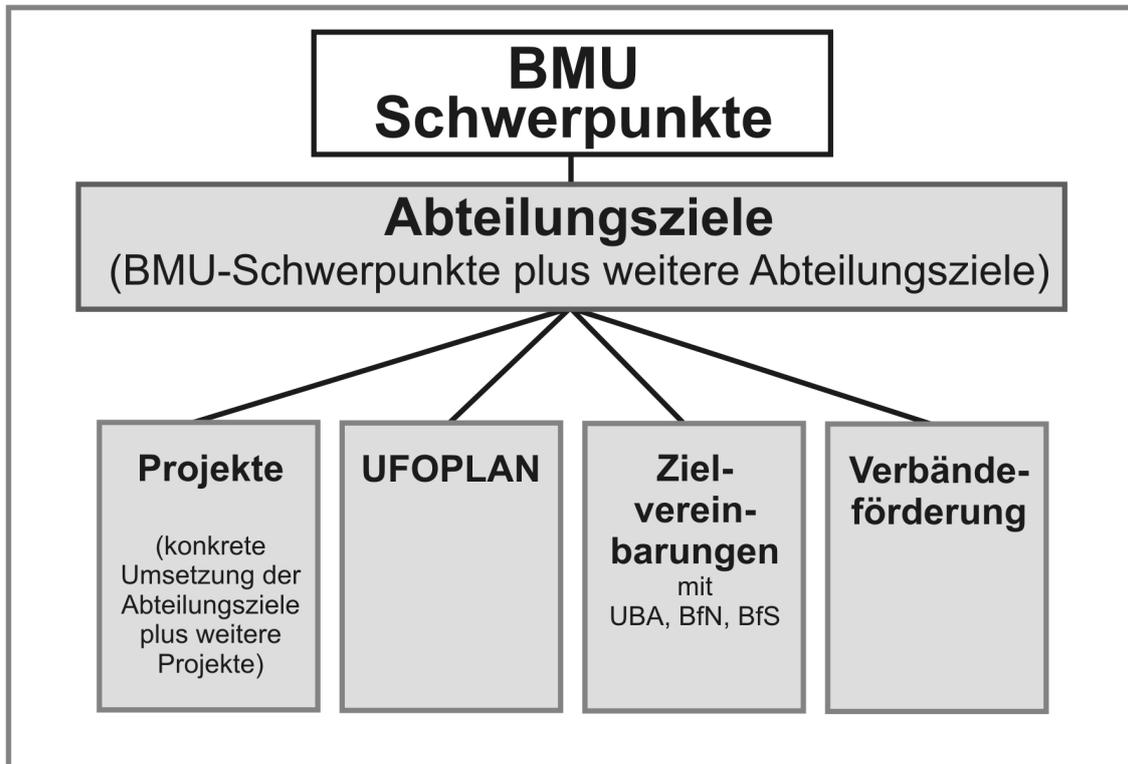
- Aktivitäten und Instrumente für die europäische Umweltpolitik

Wichtige Ziele des BMU können sich auch auf die EU-Umweltpolitik beziehen, deren Bedeutung in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Rechtsetzung. Die Bundesregierung strebt u.a. in Brüssel die notwendige innere Harmonisierung und Vereinfachung des europäischen Umweltrechts an. BMU macht seinen Einfluss hier im Rahmen des EU-Umweltministerrates,

bei bilateralen Gesprächen mit EU-Kommission, den Umweltministerien der Mitgliedstaaten, Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und mit der jeweiligen Ratspräsidentschaft geltend. Dauerhaft bei der EU-Kommission eingerichtete Ausschüsse zu einzelnen Umweltbereichen, in denen die Umweltministerien aller Mitgliedstaaten vertreten sind, bieten die Möglichkeit der Einflussnahme auf Fachebene. Häufig können auch die Ergebnisse von Forschungsvorhaben im Rahmen solcher Ausschüsse genutzt werden.

- Instrumente der Planung, Umsetzung und Kontrolle (Abb. 3)

Abbildung 3: Instrumente der Planung, Umsetzung und Kontrolle



Das BMU verfügt über verschiedene Instrumente, um seine Ziele umzusetzen und die Umsetzung zu überwachen. Im Rahmen der Projektplanung werden Rechtsetzungsvorhaben, internationale und EU-Konferenzen und sonstige Konferenzen und politische prioritäre Vorhaben vorbereitet und deren Durchführung mittels eines EDV-gestützten Monitoringverfahrens überwacht (sog. Intraplan). Der Umweltforschungsplan (UFO-Plan) gibt den jährlich ermittelten Forschungsbedarf wieder, der sich aus den Aufgaben des Bundesumweltministeriums ergibt, und ist auf der BMU-Website eingestellt. Die Realisierung, d.h. Vergabe von Forschungsvorhaben, erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Zielvereinbarungen mit nachgeordneten Behörden erfolgen auf der Grundlage von Jahresplanungsgesprächen der Behördenleitungen. Schließlich dient das Instrument der Verbändeförderung der Verwirklichung der Ziele des BMU. Das Verfahren der Antragstellung ist ebenfalls auf der BMU-Website eingestellt.

Regelmäßige Besprechungen der Hausleitung mit den Abteilungsleitungen dienen dem fachlichen Austausch, der gegenseitigen Information und der Kontrolle der Verwirklichung der Ziele. Hausinterne Abschlussberichte, die zu

Forschungsvorhaben zu erstellen sind, stellen eine weitere Kontrolle der Zielerreichung dar. Ergebnisse von Forschungsvorhaben werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, seitens BMU und/oder den nachgeordneten Behörden veröffentlicht.

3.1. Umwelleitlinien des BMU

Das Bundesumweltministerium ist dem Erhalt einer gesunden Umwelt und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen für jetzige und zukünftige Generationen verpflichtet. Dementsprechend ist es unser Ziel, die deutsche Umweltpolitik vor dem Hintergrund nationaler, europäischer und globaler Aufgaben im Umweltschutz ständig fortzuentwickeln. Wir unterstützen damit eine schrittweise Integration von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Was wir in der Umweltpolitik anderen abverlangen, gilt erst recht für uns. Dies verpflichtet uns, unsere eigenen Tätigkeiten und innerbehördlichen Abläufe vorbildlich dauerhaft umweltgerecht auszuüben und zu gestalten. Die Mitarbeiterbelange als ein Element sozial verantwortlichen Handelns wurden Anfang 2008 aufgenommen.

1. Mit der Einrichtung des anspruchsvollsten und international anerkannten europäischen Umweltmanagementsystems EMAS (**E**co-**M**anagement and **A**udit **S**cheme) haben wir ein geeignetes Instrument, um uns diesen Herausforderungen zu stellen.
2. Die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen dient uns als Mindeststandard, den wir wo immer möglich übertreffen wollen. Das Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG) wollen wir durch eine effektive Erfüllung der Aufgaben unseres Ministeriums, insbesondere im Rahmen der Rechtsetzung, optimal verwirklichen. Unsere eigene Umwelleistung wollen wir dabei kontinuierlich verbessern.
3. Wir gehen verantwortungsvoll und effizient mit Ressourcen um. Wir wollen das Klima schützen, mit Energie sparsam umgehen und zunehmend erneuerbare Energien nutzen. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung entsprechender umweltpolitischer Instrumentarien. Wir minimieren umwelt- und gesundheitsschädliche Auswirkungen - auch des eigenen Handelns. Wir wollen im Dienstalltag Abfälle, Wasser- und Energieverbrauch sowie Lärm reduzieren und Verkehr vermeiden. Für Fahrten von der Wohnung zum Dienstsitz sowie auf Dienstreisen wollen wir uns umweltverträglicher Verkehrsmöglichkeiten bedienen. Die Landschaft und Grünflächen an unserem Dienstsitz wollen wir schützen, pflegen und naturnah gestalten.

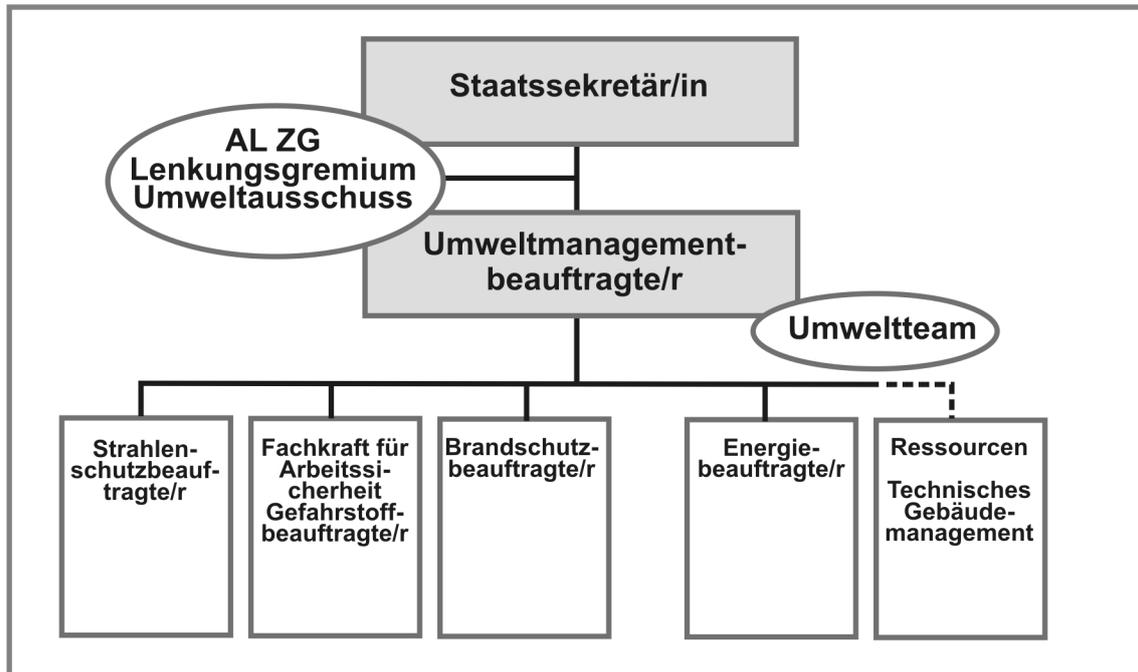
4. Wir wollen bevorzugt die in Herstellung, Gebrauch und Entsorgung umweltverträglichsten Waren und Dienstleistungen beschaffen. Dabei werden wir anerkannte Zertifizierungsprogramme berücksichtigen. Entsprechend wählen wir unsere Vertragspartnerinnen und Vertragspartner aus.
5. Wir setzen uns für einen umweltbezogenen Gesundheitsschutz, hohe Arbeitsplatzzufriedenheit und ein gesundes Arbeitsumfeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Sozial nachhaltiges Handeln ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesamtpolitik. Wir sehen hier zunächst einen Schwerpunkt bei den Mitarbeiterbelangen. Gesundheitsförderung, Aus- und Weiterbildung, Familien geregelte Arbeitszeitgestaltung und Gleichstellung sind Themen, bei denen wir in den kommenden Jahren Ziele und Maßnahmen festlegen, diese durchführen und hierüber berichten wollen.
6. Unser Umweltmanagementsystem lebt vom täglichen Einsatz der Einzelnen am Arbeitsplatz, bei Dienstreisen und auf dem Weg zur Arbeit. Deshalb fördern und entwickeln wir umweltgerechtes Verhalten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
7. Wir werden regelmäßig den Erfolg unserer Umweltmaßnahmen überprüfen und, wo immer erforderlich, weitere Verbesserungen vornehmen. Über die Ergebnisse unserer Leistungen im Umweltschutz werden wir regelmäßig und offen berichten.

3.2. Organisation und Dokumentation des Umweltmanagements im BMU

Das Umweltmanagement hat sich auf der Grundlage der in der Umwelterklärung 2006 dargestellten Zuständigkeiten und Inhalte entwickelt und wurde im Sinne der EMAS-VO weitergeführt.

Die Organisation und die verantwortlichen Stellen zur Weiterführung von EMAS im BMU sind im folgenden Organigramm dargestellt. Die Verbindungen symbolisieren die wichtigsten Kommunikationswege.

Abbildung 4: Organigramm EMAS



Verantwortlich für die Umsetzung und Weiterführung von EMAS im BMU ist die Leitung, mithin der Staatssekretär. Die von ihm gebilligten Umweltleitlinien geben die Ziele des Hauses für die Weiterentwicklung des Umweltmanagementsystems vor. Die Funktion des Umweltmanagementvertreters im Sinne der EMAS-Verordnung nimmt die Abteilungsleitung der Zentralabteilung/Grundsatzangelegenheiten des Umweltschutzes (**AL ZG**) wahr. Zur Unterstützung wurde durch die Leitung ein Lenkungsgremium (LG UA) eingerichtet, dessen Leitung ebenfalls dem Leiter der Zentralabteilung obliegt. In diesem Gremium sind alle Abteilungen und die Personalvertretung mit je einem Mitglied vertreten.

Für die operative Arbeit und für die Geschäftsführung im LG UA wurde von der Leitung ein Umweltmanagementbeauftragter (UMB) für das BMU bestellt. Seine Tätigkeiten sind in einem Aufgabenprofil beschrieben. Unterstützt wird er in seiner Arbeit von einem Umweltteam, bestehend aus MitarbeiterInnen aus allen Bereichen des Hauses, insbesondere durch das Gebäudemanagement und durch extern Beauftragte für die Bereiche Strahlenschutz, Arbeitssicherheit, Gefahrstoffe und Brandschutz. Auch das Technische Gebäudemanagement TGM (Referat im BMVBS als „externer Dienstleister“ für die Bundesbauten Bonn-Nord) ist in diesem Team vertreten. Damit sind alle wesentlichen Fachbereiche des Hauses in das Umweltmanagementsystem eingebunden. Das Umweltteam tagt mindestens viermal im Jahr.

Der UMB berichtet über seine Tätigkeiten und die Ergebnisse des Umweltmanagements im Haus mindestens zweimal jährlich im Rahmen der Sitzungen des Lenkungsremiums (LG UA). Auch die jährliche Managementbewertung des Umweltmanagementsystems wird in diesem Gremium vorbereitet.

Dokumentation des Umweltmanagementsystems – das Umwelthandbuch (UHB)

Im Umwelthandbuch ist das Umweltmanagementsystem des BMU beschrieben. Alle wichtigen Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Hauses, die im Zusammenhang mit dem Umweltmanagementsystem stehen, sind darin geregelt.

Zur Konkretisierung der Regelungen wurden mitgeltende Unterlagen zum Handbuch erstellt. Diese Unterlagen betreffen bspw. Regelungen zur Abfalltrennung im Haus oder die Durchführung von Audits zur Überprüfung des Umweltmanagementsystems.

Das Handbuch richtet sich an alle MitarbeiterInnen des BMU und ruft dazu auf, das Umweltmanagement aktiv zu leben und zur Steigerung der „Umweltleistung“ beizutragen. Der allgemeine Teil des Umwelthandbuches und die Verfahrensanweisungen sind Dienstanweisungen und damit verbindlich für den gesamten Verantwortungsbereich des BMU. Änderungen werden im Intranet bekannt gegeben und im Änderungsmodus kenntlich gemacht. Das UHB liegt in Papierform beim UMB und in der Bibliothek zur Einsicht.

3.3. Beteiligung der MitarbeiterInnen am EMAS-Prozess

Während wir 2006 festgestellt haben, dass **EMAS nicht „Einer Macht Alles Selbst“** bedeutet, stellen wir beim Blick zurück und in die Zukunft gewandt fest, dass die Abkürzung in der Umkehrung als **SAME** zu lesen, auch **nicht nur die Frage „Sind Alle Maßnahmen Erledigt“** umfasst.

Es hat sich gezeigt, dass die Unterstützung der Leitung und aller MitarbeiterInnen des BMU wesentliche Bausteine für die Weiterführung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses sind. Verhaltensbedingte Verbesserungen haben – zusammen mit Investitionen – zur Reduzierung bei einigen Verbrauchswerten geführt.

Ein weiterer Indikator für ein verbessertes Umweltbewusstsein bzw. für ein gesteigertes Engagement um Verbesserungen anzustoßen, ist die Beteiligung der MitarbeiterInnen am Vorschlagswesen. Neben den Hinweisen und Anregungen auf dem „kleinen Dienstweg“ wurden vermehrt förmlich Vorschläge eingereicht.

3.4. EMAS-Ziele in der Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung, Gleichstellung und Gesundheit

Die Bereiche Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung stehen unter dem Leitbild der sozialen Nachhaltigkeit. Zufriedene, motivierte Beschäftigte im BMU sind die Grundlage für eine erfolgreiche Umweltpolitik. So sind das Heranführen an die berufliche Reife, die Vertiefung von Kenntnissen und die Übernahme sozialer und ökologischer Verantwortung erklärte Ziele der BMU Ausbildung. Diese Ziele werden fortlaufend durch geeignete Maßnahmen unterstützt. Beispielsweise erstellen die Auszubildenden gemeinsam Informationen für die Beschäftigten durch die Azubi-Zeitung „Green Antz“. Darüber hinaus werden sie zur Förderung des sozialen Engagements an verschiedene Projekte herangeführt. Im Jahr 2010 stand als Schwerpunkt das Gesundheitsthema: „Haut“ im Mittelpunkt.

Jede/r Auszubildende des BMU erhält in einem Einführungsseminar Übersichten über wesentliche Verwaltungsverfahren und wird mit den EMAS-Aktivitäten des BMU vertraut gemacht. Hierbei werden die Auszubildenden auf die Umweltauswirkungen hingewiesen ebenso wie auf die ökologische Verantwortung des Einzelnen.

Für den Bereich der Personalentwicklung ist die Fortbildung der zentrale Baustein. Die Erhaltung und Erweiterung der Fach-, Methoden- und kommunikativen Kompetenzen sowie soziales Lernen stehen im Zentrum und dienen dem Ziel der sozialen Nachhaltigkeit. Die systematische Erweiterung der hausinternen Angebote, die im Jahr 2010 verdoppelt werden konnte, hat auch zum Ziel, Reiseemissionen zu vermeiden.

Das BMU hat mit „Peer Learning („Voneinander Lernen“) sehr positive Erfahrungen gemacht. Im Rahmen des Nachwuchskräfte trainings, das alle 1,5 Jahre stattfindet, stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenseitig ihre Arbeitsbereiche vor. Den Schwerpunkt im Jahr 2010 bildeten Themen aus der Reaktorsicherheit und der nuklearen Entsorgung, mit einer Besichtigung des Schacht Konrad und einer Diskussion im Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter.

Eine hausinterne Veranstaltungsreihe „Voneinander Lernen“ (ca. 4 Mal pro Jahr) für alle Beschäftigten gesondert an den Dienstsitzen präsentiert aktuelle umweltpolitische Themen oder aktuelle Verwaltungsthemen durch interne „Experten“.

Personalentwicklung dient im BMU auch der persönlichen Weiterentwicklung. Hierzu ist der Bereich der Konfliktbewältigung und Prävention in den letzten Jahren in den Fokus gerückt. Eine eigenständige Dienstvereinbarung gibt den Beschäftigten An-

haltungspunkte, wie im Konfliktfall verfahren werden kann. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes „Einführung neuer Mitarbeiter“ wird der Netzwerkgedanke für die Beschäftigten durch die Einführungsfortbildung gestärkt, sowie alle neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre ökologische Verantwortung durch Erläuterungen des EMAS - Prozesses im BMU hingewiesen.

Das Projekt Mentoring mit einer Laufzeit von 1,5 Jahren wird regelmäßig angeboten und hat unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Es dient der Selbstentwicklung ebenso wie dem sozialen und ökologischen Lernen. Ende Januar 2011 fand die Kick-Off Veranstaltung zum 3. Mentoring Projekt in Berlin statt, das bis Juli 2012 laufen wird.

In allen Fortbildungsbereichen wurden feed-back-Instrumentarien eingeführt, um die Wirkungsweise und Effizienz der Fortbildungsmaßnahmen zu beobachten und weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Gleichstellung ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, die Beseitigung der Unterrepräsentanzen von Frauen. BMU hatte sich bis 2007 zum Ziel gesetzt, 25 % weibliche Führungskräfte zu erreichen. Dieses Ziel wurde in 2009 übertroffen und soll bis zum Jahr 2011 mindestens die 30 % Marke erreichen. Die regelmäßige Erstellung des Gleichstellungsplans alle 4 Jahre mit einer zweijährigen Aktualisierung dient der Zielkontrolle und der Zielanpassungen. Besondere Fortbildungsmaßnahmen für Frauen aller Laufbahngruppen werden in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten jährlich angeboten. Hier spielen auch ökologische Aspekte bei der Organisation (Vermeidung von Flugreisen) durch dienstspezifische Angebote eine Rolle.

Im Rahmen der sozialen Nachhaltigkeit hat das betriebliche Gesundheitsmanagement im BMU eine wichtige Funktion. Langfristiges Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der Führungs- und Sozialkompetenzen sowie eine Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins und der Arbeitsplatzzufriedenheit der Beschäftigten. Als mittelfristiges Ziel wird die Absenkung der derzeitigen durchschnittlichen krankheitsbedingten Fehltage von 12,4 auf unter 11 in den nächsten 5 Jahren angestrebt. Die Abteilungsleitungen erhalten quartalsmäßig Berichte über ergriffene Maßnahmen zur Erreichung der Ziele. Bei mehr als 30 Fehltagen und häufiger als sechsmalige Jahreserkrankung sind verpflichtende Mitarbeitergespräche mit Beschäftigten vorgesehen. Führungskräfte sollen mit Beschäftigten Kontakte aufnehmen, die länger als 2 Wochen erkrankt sind. Darüber hinaus werden alle 2 Jahre Gesundheitstage durchgeführt, Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen angeboten sowie Entspannungsprogramme und Rückenschulen ab März 2009 fortlaufend angeboten.

Das BMU hat im Jahr 2009 mit dem Auditprozess „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ begonnen. Im Rahmen des dreijährigen Verfahrens möchte BMU das spezifische Umweltprofil mit Blickrichtung auf „soziale Nachhaltigkeit“ durch den Auditprozess schärfen und für übergeordnete Projekte nutzen. Strategische Ziele dabei sind die Arbeitsmotivation und die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und zu fördern sowie Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Gleichzeitig sollen innovative Maßnahmen entwickelt werden, die praktikabel sein müssen. So hat BMU 18 Ziele vereinbart, die mit insgesamt 56 Maßnahmen bis zum Jahr 2013 umgesetzt werden sollen. Hierfür wurde Frau PST'in Reiche am 29.03.2010 für das BMU das Zertifikat Audit „berufundfamilie“ überreicht.

Tabelle 1: EMAS-Ziele im Bereich

Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung/ Gleichstellung/Gesundheit

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Zuständige Stelle	Zeitplan
Personalentwicklung/Fortbildung	Erhalt/Erweiterung der fach- und methodischen Kompetenz	Fortbildungsangebote für alle MitarbeiterInnen zu - fachlichen/methodischen Angelegenheiten (z.B. IT) sowie	AG ZG I 1 (PE) ZG I 5	fortlaufend 1 mal jährlich pro Mitarbeiter/in mindestens eine Veranstaltung
	Erhalt/Erweiterung der sozialen Kompetenz	- Aspekte aus dem Bereich Kommunizieren und Kooperieren; - Konflikte erkennen und bewältigen; - Selbstentwicklung - Nachwuchskräfteworkshop	BAKöV;hausintern AG ZG I 1 (PE)	
	Entwicklung von Führungskompetenz	- Mentoring - Führungskräftelehrgänge. Qualifizierungsprogramm Führung	BaköV BaköV	alle 18 Monate 4 Mal Jährlich

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Zuständige Stelle	Zeitplan
Ausbildung	Übernahme sozialer Verantwortung	Förderung sozialen Engagements der Auszubildenden sammeln von Spenden durch verschiedene Aktionen, Information der Beschäftigten durch die Azubi-Zeitung „Green Antz“, Broschüren und Newsletter; Angebote zum Girls-day	AG ZG I 1 (PE)	fortlaufend
Gleichstellung	Gleichberechtigte Teilhabe von Männer und Frauen, Rückführung von Unterrepräsentanz insb. bei Führungskräften bis 2011 = 30 %	Erstellung und Aktualisierung des Gleichstellungsplans sowie Überprüfung der Maßnahmen → Eltern-Kind Zimmer, Beförderung von Teilzeitbeschäftigten, Fortbildungsangebote für Frauen	AG ZG I 1 (PE) GB	alle 4 Jahre bzw. Überprüfung alle 2 Jahre
Audit „Vereinbarkeit v. Familie und Beruf“	Erhalt/Förderung der Arbeitsmotivation Erhalt der Arbeitsfähigkeit Arbeitsprozesse effizienter gestalten als Arbeitgeber konkurrenzfähig bleiben	Maßnahmenschwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> Arbeitszeit Arbeitsort Führung 15 Maßnahmen/ Prüfaufträge 21 Maßnahmen/ Prüfaufträge 14 Maßnahmen/Prüfaufträge " "	Projektgruppe Audit Beruf und Familie des BMU Leitung: AG ZG I 1 (PE) Mitglieder: ZG I 2, AG ZG I 1, ZG I 2 ; ZG I 4; ZG I 5; G, K, ÖA, PR, GB	fortlaufend bis März 2013 bis März 2011 bis März 2012 bis März 2013

Bereich	Ziele	Maßnahmen	Zuständige Stelle	Zeitplan
Betriebliches Gesundheitsmanagement	Langfristiges Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Führungs- und Sozialkompetenz sowie nachhaltige Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins und der Arbeitsplatzzufriedenheit der Beschäftigten	• Quartalsmäßige Berichte der Abteilungsleitungen über ergriffene Maßnahmen zur Erreichung der Ziel	Abteilungsleitungen	fortlaufend
		• Verpflichtende Mitarbeitergespräche mit Beschäftigten, die mehr als 30 Fehltage und/oder häufiger als 6 Mal im Jahr krank sind	Führungskräfte	fortlaufend
	Mittelfristiges Ziel: Absenkung der derzeitigen durchschnittlichen krankheitsbedingten Fehltage von 12,4 Fehltagen auf unter 11 Fehltage in den nächsten 5 Jahren.	• Kontaktaufnahme mit Beschäftigten, die länger als 2 Wochen erkrankt sind.	Führungskräfte	fortlaufend
		• Durchführung von Informationsveranstaltungen, z.B. gesunde Ernährung	AG ZG I 1	alle 2 Jahre
		• Durchführung von Gesundheitstagen	AG ZG I 1	alle 2 Jahre
		• Einrichtung von Rückzugsräumen	AG ZG I 1 / ZG I 4	erledigt
		• Institutionalisierung einer AG-Gesundheit (Dienststelle, Personalrat, GB, Schwerbehindertenvertreter, ÄSD, Arbeitsschutz, Betriebssportgruppe)	AG ZG I 1	2010 Schwerpunkt: erledigt
		• Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem ärztlichen und sozialen Dienst	AG ZG I 1	fortlaufend
• Angebote Rückenschule und Entspannung	AG ZG I 1	fortlaufend		

4. Umweltrechtliche Anforderungen an das BMU

Die EMAS-Verordnung fordert als Mindeststandard die Einhaltung aller umweltrechtlichen Anforderungen. Externe Anforderungen an das BMU sind insbesondere durch die geltenden rechtlichen Vorschriften sowie die unserem Managementsystem zugrunde liegenden Verordnungen und Normen vorgegeben.

Im Zuge der ersten Umweltprüfung wurde ermittelt, welche rechtlichen Vorschriften auf die Dienststelle zutreffen. Auf dieser Grundlage wurde ein Rechtskataster erstellt. Der Umweltmanagementbeauftragte führt diese Liste und erhält von den Organisationseinheiten Informationen hinsichtlich geänderter Vorschriften und aktualisiert daraufhin das Rechtskataster. Darüber hinausgehende Informationen bezieht der Umweltmanagementbeauftragte aus dem Bundesgesetzblatt sowie aus dem Internet.

Die Einhaltung der Vorschriften wird mindestens einmal jährlich im Rahmen von Internen Audits geprüft. Grundlage sind eigens dafür erstellte Rechts-Checklisten. Auch die Genehmigungsbescheide wurden im Hinblick auf umweltrelevante Anforderungen und deren Einhaltung im Haus überprüft.

Die wichtigsten gesetzlichen Anforderungen sowie die Regelung der Verantwortlichkeiten sind im folgenden Abschnitt zusammengefasst:

- Die Dienststelle des BMU in Bonn wird mit Fernwärme beheizt, so dass keine eigenen Feuerungsanlagen betrieben werden. Vorgaben des Immissionsschutzrechts betreffen lediglich die vom Streitkräfteamt der Bundeswehr genutzten Pavillons. Diese werden auch vom TGM betreut.
- Abfallrechtliche Anforderungen werden in Verantwortung der Hausverwaltung umgesetzt. Das BMU ist für die Abfalllogistik in der gesamten Dienststelle und somit auch für die Entsorgung der Abfälle der anderen Nutzer im Haus zuständig.
- Anforderungen an den Gewässerschutz ergeben sich u.a. aus der Abwassersatzung der Stadt Bonn für den Bereich Küche. Es wurden Wartungsverträge für den Fettabscheider abgeschlossen, um die Einhaltung der Grenzwerte zu gewährleisten.
- Die Betriebssicherheitsverordnung regelt den Umgang mit Arbeitsmitteln und Anlagen. Das TGM ist im Haus für die Umsetzung der Anforderungen verantwortlich.

- Gefahrstoffe kommen im BMU nur in kleinen Gebinden im Bereich Küche und Reinigung sowie in unserer Druck- und Vervielfältigungsstelle zum Einsatz. Es werden Verzeichnisse geführt, um den Einsatz dieser Stoffe zu dokumentieren. Die Organisationseinheiten sind für die Erstellung von Betriebsanweisungen und die Durchführung von Unterweisungen der MitarbeiterInnen im Einvernehmen mit dem extern beauftragten Gefahrstoffbeauftragten zuständig.
- In unserer Poststelle ist ein Durchleuchtungsgerät vorhanden, um den Posteingang zu überprüfen. Für die Umsetzung der Röntgenverordnung ist die Poststelle im Einvernehmen mit dem extern beauftragten Strahlenschutzbeauftragten verantwortlich.
- Für Arbeitssicherheit ist eine Fachkraft für Arbeitssicherheit benannt. Die extern beauftragte Fachkraft führt Gefährdungsbeurteilungen und Unterweisungen im Haus durch und berichtet im Arbeitsschutzausschuss an die Behördenleitung.
- Zur Gewährleistung der Notfallvorsorge besteht für das Haus ein umfangreiches Brandschutzkonzept, das in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr erstellt wurde. Zur Umsetzung und Kontrolle des Konzepts ist ein extern beauftragter Brandschutzbeauftragter benannt. Auch Ersthelfer sind für einen Notfall geschult und eingewiesen.
- Im Haus sind für die Bereiche Reinigung und Küche Fremdfirmen tätig. Diese haben wir auf deren Verantwortung zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben schriftlich hingewiesen.
- Lärmrelevante Anlagen existieren nicht. Altlasten sind am Standort keine bekannt.

5. Direkte und indirekte Umweltaspekte

Für beide Bereiche wurde eine Übersicht der wesentlichen Umweltaspekte erstellt und eine Bewertung durchgeführt. Die Bewertungen orientieren sich an einem vom Umweltbundesamt entwickelten Verfahren, das bereits in Umwelterklärungen vorgestellt wurde und auch bei der Umwelterklärung 2006 des BMU angewandt wurde.

Tabelle 2: Bewertung der Umweltaspekte

Quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Gefährdungspotenzial / Einstufung des Umweltaspektes		
		hoch (A)	durchschnittlich (B)	gering (C)
hoch (A)	zunehmend (A)	A	A	B
	stagnierend (B)	A	B	B
	abnehmend (C)	B	B	B
durchschnittlich (B)	zunehmend (A)	A	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C
gering (C)	zunehmend (A)	B	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C

Als Ergebnis der Bewertung werden die Umweltaspekte in drei Kategorien eingeteilt:

A = Besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz,

B = Umweltaspekt mit durchschnittlicher Bedeutung und Handlungsrelevanz,

C = Umweltaspekt mit geringer Bedeutung und Handlungsrelevanz.

Nach der Einstufung der Umweltaspekte in diese Kategorien werden die Umweltaspekte im Hinblick auf die Einflussmöglichkeit bewertet. Hierfür werden zusätzlich folgende Kategorien herangezogen:

I = Auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden,

II = Der Umweltaspekt ist nachhaltig zu steuern, jedoch erst mittel- bis langfristig,

III = Steuerungsmöglichkeiten sind für diesen Umweltaspekt nicht, nur sehr langfristig oder nur in Abhängigkeit von Entscheidungen Dritter gegeben.

Alle Umweltaspekte können mit Hilfe dieses Schemas bewertet werden, um ihre Umweltrelevanz und den Handlungsbedarf zu ermitteln. Ein Umweltaspekt, der z.B. mit A und I bewertet wird, ist ein besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz, bei dem auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden ist.

5.1. Indirekte Umweltaspekte

Mit unserer Umweltpolitik stellen wir uns unserer Verantwortung zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen. Die Ziele einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen, einer Reduzierung des Flächenverbrauchs, einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch, einer Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft und der Erhaltung der Artenvielfalt und Landschaftsqualität sind gleichzeitig Bestandteile der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Der Fortschritt zur Erreichung dieser Ziele wird regelmäßig überprüft und in den jährlichen Indikatorenberichten des Statistischen Bundesamtes (zuletzt im November 2010) veröffentlicht. Die Fortschrittsberichte der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschreiben zudem ausführlich die Einzelmaßnahmen zur Erreichung dieser Ziele (s. Fortschrittsbericht 2008). Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung hat darüber hinaus im Dezember 2010 ein umfassendes „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ beschlossen, das ausführliche Zielsetzungen im Bereich des Umweltschutzes enthält und den zuständigen Bundesressorts entsprechende Aufgaben zuweist.

Die Instrumente der Umweltschutzpolitik sind vielfältig (s. insoweit die Umwelterklärung 2006). Es handelt sich zu einem großen Anteil um legislative Regelungen, die wiederum durch Bund, Länder und Gemeinden vollzogen werden. Bedeutsame Vorhaben werden im Folgenden beispielhaft dargestellt.

Der Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung dienen unter anderem das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** als auch das **Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz (EEWärmeG)**. Sie definieren zu Beginn die Ziele, die diese Förderinstrumente verfolgen.

Das EEWärmeG setzt sich ausdrücklich zum Ziel, einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, dass im Jahr 2020 der Anteil Erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung 14 % erreicht (§ 1 Abs.

2). Damit setzt die Bundesregierung ein deutliches politisches Signal, an dem sie sich national und international messen lässt. Zum anderen sorgt die Zielvorgabe für mehr Investitionssicherheit, da die Betroffenen ihrer Planung langfristige Politikziele zugrunde legen können. Gleiches gilt für das EEG, das in § 1 Abs. 2 das Ziel ausgibt, dass der Anteil Erneuerbare Energien an der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 % ausgebaut wird.

Ein ebenso wichtiger Aspekt wie die konkrete gesetzliche Zielvorgabe sind Mechanismen, die die Erreichung dieser Ziele gewährleisten. Insbesondere das EEWärmeG als öffentlich-rechtlich ausgestaltetes Gesetz (Ordnungsrecht) legt fest, dass die Wärmeversorgung von Neubauten anteilig grundsätzlich durch Erneuerbare Energien erfolgen muss. Den vollziehenden Behörden wird aufgegeben, zumindest durch geeignete Stichproben die Erfüllung der Pflicht zu kontrollieren. Das EEG als privatrechtlich ausgestaltetes Instrument setzt über garantierte Vergütungssätze für eingespeisten Strom ausreichende Anreize dafür, dass der Markt den Anteil Erneuerbarer Energien effektiv ausbaut.

Um die Zielerreichung zu gewährleisten und die Auswirkungen der Gesetze auf dem Markt zu beobachten, sehen das EEG und das EEWärmeG Erfahrungsberichte vor, die dem Bundestag regelmäßig vorgelegt werden müssen. Im Falle des EEWärmeG müssen im Erfahrungsbericht (1) der Stand der Markteinführung, (2) die technische Entwicklung, die Kostenentwicklung und die Wirtschaftlichkeit von EE-Anlagen, (3) die eingesparte Menge fossilen Öls und Gases und (4) der Vollzug des Gesetzes dargelegt werden. Dies eröffnet die Möglichkeit, zeitnah und Ziel führend Änderungen an den Steuerungsmechanismen vorzunehmen. Dazu zählt auch die regelmäßige Kontrolle über fest vorgegebene Schritte im internen Projektmanagement (IntraplanB).

Im Bereich des Klimaschutzes nimmt das BMU eine Vorreiterrolle ein. Neben der gemeinsamen Initiative des BMU und der IG Metall mit einer Umweltstrategie für die Autoindustrie, ist es erklärtes Ziel des BMU, auch die eigene Fahrzeugflotte grundlegend CO₂ mindernd umzurüsten. Daher ist bei der Ersatzbeschaffung für die Fahrzeugflotte der CO₂-Ausstoß das Hauptauswahlkriterium. Während der durchschnittliche CO₂-Ausstoß der Fahrzeugflotte des BMU im März 2007 noch 205 g/km betrug, konnte der durchschnittliche CO₂-Ausstoß seit 01. März 2008 auf 167 g/km, ab Anfang 2009 auf 153 g/km und in 2010 auf 146 g/km gesenkt werden. Somit konnte seit 2007 eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von fast 29 % (59 g/km) erreicht werden. Bei den neu zu beschaffenden Fahrzeugen handelt es sich um Mittelklassemodelle mit Verbrauchswerten von durchschnittlich 5,1 Liter Diesel auf 100 km und einem CO₂-Ausstoß von unter 140 g/km (z.Zt. zwischen 136 – 138 g/km).

Bei der Energieeffizienz möchte das BMU auch die technologischen Chancen der Nanotechnologie sichtbar machen und nutzen, die eine Verringerung der Energie- und Rohstoffeinsatzes versprechen. Für eine nachhaltige Entwicklung von neuen Technologien ist eine qualitative und wo möglich auch quantitative Darstellung und Auswertung der Chancen und Risiken über den gesamten Lebenszyklus hinweg notwendig. Zur Diskussion dieser Themenfelder wurde der vom BMU 2006 initiierte, breit angelegte Nano-Dialogprozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen bis Ende 2010 fortgeführt. Aber auch durch die Förderung energie- und ressourceneffizienter Produkte, durch die Fortentwicklung der weißen Biotechnologien oder neuer Kraftwerkstechnologien erwarten wir einen effizienteren Ressourcenverbrauch.

Der umweltschonende Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) bildet einen weiteren Schwerpunkt des BMU im Bereich der innovativen Technologien. Das BMU stellt mit seinem Förderschwerpunkt „IT goes green“ bis zu 25 Mio. EUR aus seinem Umweltinnovationsprogramm für die Förderung innovativer energie- und materialeffizienter IKT-Lösungen bereit. Zu diesem Zweck wurde Anfang 2009 das Green IT-Beratungsbüro beim IKT-Bundesverband BITKOM eingerichtet. Das Büro berät professionelle Anwender kostenfrei und herstellerneutral über Einsparpotenziale, Produkte und Dienstleistungen sowie Fördermöglichkeiten (www.green-it-beratungsbuero.de). Ziel dieser Initiative, an der auch der Branchenverband BITKOM, das Umweltbundesamt und die KfW Bankengruppe beteiligt sind, ist es, einen Wettbewerb um innovative Technologien in Gang zu bringen und deren Markteinführung zu beschleunigen. Im Rahmen des Förderschwerpunkts wird BITKOM ein Beratungsbüro einrichten, das künftige Nutzer herstellerneutral über neuartige und besonders umweltfreundliche technische Lösungen informieren soll. Vorbildliche Beispiele zur Steigerung der Energieeffizienz in Serverräumen und in Rechenzentren enthält darüber hinaus die BMU-Broschüre „Energieeffiziente Rechenzentren“, die 2010 neu aufgelegt wurde. Darüber hinaus berät das BMU Verbraucher und Verantwortliche in der öffentlichen Beschaffung über den Kauf und die Nutzung besonders umweltfreundlicher IKT-Produkte (http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/green_it/doc/46803.php). Die eigenen Verbrauchsdaten und Einsparungen des Bundesumweltministeriums finden sich in dieser Umwelterklärung bei den direkten Umweltaspekten dargestellt.

Eine grundlegende gesellschafts- und umweltpolitische Aufgabe besteht in der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Die Verantwortung dafür liegt nicht nur beim federführenden Bundesumweltministerium, sondern ist darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, zu der alle Ressorts ihren Teil beitragen müssen. BMU hat zu diesem Zweck eine Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt erarbeitet. Darüber hinaus haben wir die neunte Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in Bonn ausgerichtet. Für die Veranstaltung entwickelte **BMU** ein eigenes Umweltkonzept und **konnte erstmalig für eine internatio-**

nale Großveranstaltung zu einem Umweltthema eine EMAS-Zertifizierung erreichen. Die übrigen Bundesressorts wurden über die Vorgehensweise bei der Konferenz des Übereinkommens der biologischen Vielfalt (CBD-Zertifizierung) unterrichtet und es wurden praktische Erläuterungen zur Einführung von EMAS bei Großveranstaltungen gegeben. **Darauf folgend wurde ein Leitfaden zur Einführung eines Energie- und Umweltmanagements bei Großveranstaltungen erarbeitet.** Bei der Planung von Großveranstaltungen im BMU einschließlich entsprechender Vergabemaßnahmen sollen künftig EMAS-Kriterien angewendet werden.

Nach dem Inkrafttreten der **Novelle der EMAS-Verordnung** am 11.1.2010 wird BMU die weltweite Verbreitung und Wertschätzung von EMAS unterstützen. Die wesentlichen Inhalte der EMAS-Novelle wurden ab Januar 2010 durch verschiedene Informationsbroschüren (s. unter <http://www.emas.de>) und auf der website des BMU bekannt gemacht. Der von der EU-Kommission eingerichtete „EMAS-Helpdesk“ wird seit dem 1.1.2010 gemeinsam von einem deutschen und französischen Unternehmen betrieben (s. http://ec.europa.eu/environment/emas/index_en.htm). Es werden dort seitens BMU in größerem Umfang auch Informationen über EMAS in Deutschland eingespeist. Weiterhin werden Veranstaltungen zur EMAS-Novelle stattfinden. Schließlich wird das Umweltauditgesetz an die Vorgaben der EMAS-Novelle angepasst werden. Es müssen Regelungen über die Zulassung von Umweltgutachter für außereuropäische Länder getroffen und ein Registrierungsverfahren für außereuropäische Organisationen gefunden werden.

Die Berücksichtigung von EMAS in anderen Politikbereichen spielt eine wichtige Rolle bei den indirekten Umweltaspekten. Umweltrechtliche Rechtsvorschriften sollten daher zum einen die Leistungen von EMAS-Teilnehmern angemessen berücksichtigen und zum anderen eine Tätigkeit der zugelassenen Umweltgutachter auch über den engen Bereich von EMAS hinaus ermöglichen. Maßnahmen solcher Art sind geeignet, EMAS als Instrument zu fördern und in das Bewusstsein der Allgemeinheit zu rücken. Sie entsprechen darüber hinaus dem Ansatz, private Sachverständige stärker in den behördlichen Vollzug einzubinden. Da die Umweltgutachter einer hoheitlichen Aufsicht unterliegen, kommen sie hier – jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich – in besonderer Weise in Betracht.

Im Bereich des neu geregelten **Erneuerbare-Energien-Gesetzes** vom 25. Oktober 2008 erbringt ein EMAS-Unternehmen des produzierenden Gewerbes den Nachweis des Energieverbrauchs und der -einsparpotenziale ohne weiteres mit der Vorlage seiner Registrierungsurkunde.

Die Verordnung zum Schutz des Klimas vor Veränderungen durch den Eintrag bestimmter fluorierter Treibhausgase (**Chemikalien-Klimaschutzverordnung - Chem-KlimaschutzV**) vom 2. Juli 2008 sieht vor, dass EMAS-Betriebe, die Kälte-, Klima-

und sonstige Anlagen im Sinne der Verordnung installieren, warten oder instandhalten, als zertifiziert gelten, wenn sich die nach der Verordnung notwendigen Angaben, insbes. zur Sachkunde und technischen Ausstattung, aus der Umwelterklärung oder dem Bericht über die Umweltbetriebsprüfung ergeben. In 2009/2010 hat das BMU gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag jeweils eine Studie zu Vollzugsfragen mitfinanziert und damit einen wesentlichen Beitrag zum Vollzug durch die zuständigen Stellen geleistet.

In den beiden Nachhaltigkeitsverordnungen (Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung für den Strombereich und Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe), die die Bundesregierung 2009 verabschiedet hat, ist vorgesehen, dass Umweltgutachter mit einer Zulassung für den Bereich Land- oder Forstwirtschaft zum Einsatz kommen können, um zu prüfen, ob Biomasse nachhaltig hergestellt worden ist.

Abbildung 5: Bewertung der indirekten Umweltaspekte



Indirekte Umweltaspekte – Ziele und Maßnahmen

Die übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2006-2009 werden fortgeschrieben und um neue Ziele für den Zeitraum bis 2012 ergänzt.

Als neue Ziele wurden für die nachfolgenden Bereiche festgelegt:

Tabelle 3: Neue Ziele

Bereich	Ziele	Erfolgssicherung
Dienstreisen	Ermittlung und Ausweisung EMAS-zertifizierter Hotels im Hotelverzeichnis, Ergänzung um Hotels mit ISO 14001	Fortschreibung des Hotelverzeichnisses anhand des EMAS-Registers und ISO-14001-Zertifizierungen
Verankerung von EMAS in anderen Politikbereichen	Berücksichtigung von EMAS in anderen Umweltrechtsvorschriften Prüfung der Einführung von EMAS bei Großveranstaltungen des BMU	Laufende Prüfung von Arbeitsentwürfen des BMU laufend
Recht der Erneuerbaren Energien-	18 % EE-Anteil 2020	Strom- (EEG), Wärme- (EEWärmeG) und Verkehrssektor
Strombereich (EEG)	Erhöhung des EE-Ausbauziels auf 35 % im Jahr 2020 (Beschluss im Energiekonzept)	Laufendes Monitoring zum EEG; anschließende Novelle des EEG, die zum 01.01.2012 in Kraft treten wird.
Wärmebereich (EEWärmeG)	14 % EE-Anteil bis 2020	Laufendes Monitoring zum EEWärmeG; anschließende Novelle des EEWärmeG.
EMAS-Novelle	Stärkere Sichtbarkeit der Umweltleistung der Unternehmen; Erleichterungen für kleine Unternehmen	Information der Unternehmen über die Neuerungen mittels Veranstaltungen und Broschüren
Novelle des Umweltauditgesetzes	EMAS-Registrierung außereuropäischer Organisationen	Durchführung des Rechtssetzungsverfahrens 2010/2011
Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: nachhaltige Bundesregierung	Einführung von EMAS und/oder eines Energie- und Ressourcenmanagements in der Bundesregierung	Durchführung eines Pilotvorhabens EMAS in Bundesbehörden 2011

Die übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2007-2010 haben sich wie nachfolgend entwickelt:

Tabelle 4: Übergeordneten Ziele für den Validierungszeitraum 2007-2010

Bereich	Ziel	Kriterium zur Erfolgskontrolle	Maßnahmen	Stand
Gesetzgebung, Forschung und Innovationen	Differenziertere Bewertung der indirekten Umweltaspekte im BMU resultierend aus Gesetzgebung und Fördermaßnahmen	Schaffung eines optimierten Monitoringsystems für eine Koordination der Bewertung der indirekten Umweltaspekte	Auf Leitungsebene prüfen, ob und wie ein entsprechendes Monitoringsystem im BMU eingerichtet werden kann	Prüfung einzelner Gesetzgebungs- und Fördermaßnahmen anhand eines Musters ist erfolgt
	Signifikante Erhöhung der EMAS-Teilnahmezahlen in Deutschland und in der EU	Steigerung der Anzahl der Eintragungen im EMAS-Register im Vergleich zu 2005 a) in Deutschland mindestens 2000 Organisationen b) in der EU	Berücksichtigung von EMAS im Gesetzgebungsverfahren Erleichterung für EMAS-Standorte Sonstige Förderung von EMAS etwa durch offensive Nutzung des EMAS-Logos durch BMU (in BMU-Broschüren) und in Pressemitteilungen mit Bezug zu EMAS-Unternehmen	Erleichterungen für KMUs in die EMAS-Novelle aufgenommen; verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses; EMAS-Teilnahme EU-weit stark gestiegen
	Förderung der Energieeffizienz durch Nanotechnologie	Nachweis über eingeleitete Maßnahmen	Dialogforen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zum Thema: „Energieeffizienz und Nanotechnologie“ Förderung von Pilotvorhaben im BMU Projekte der Bundesstiftung Umwelt (DBU)	

5.2 Direkte Umweltaspekte im BMU

Energieeinsparung beim Einsatz von Informationstechnik.

Das BMU hat sich im Rat der IT-Beauftragten besonders dafür eingesetzt, dass es für den Einsatz von Informationstechnik ein konkretes Ziel der Energieeinsparung gibt. Ein entsprechender Beschluss wurde am 13.11.08 durch den IT-Rat gefasst und in der Folge auf dem 3. IT-Gipfel im November 2008 als Darmstädter Erklärung durch die Bundeskanzlerin bekannt gegeben. Danach soll der „durch den IT-Betrieb des Bundes verursachte Energieverbrauch bis zum Jahr 2013 um 40 Prozent reduziert werden“. In der Folge wurde ein Arbeitskreis „Green IT“, der sich aus Vertretern des BMI, des BMWi und des BMU zusammensetzt, gebildet, der dieses Thema „befördern“ soll. Dieser Arbeitskreis hat u.a. eine Handreichung zur Durchführung von Energieverbrauchsmessungen erarbeitet, auf dieser Basis sind im Jahr 2009 in allen Bundesbehörden nach einem einheitlichen Verfahren Verbrauchsmessungen durchgeführt worden. Damit liegt nun die Basis vor, auf die man sich im Jahr 2013 beziehen wird. Im Weiteren konzentriert sich der Arbeitskreis darauf, das Thema transparent und greifbar zu machen, Empfehlungen für Maßnahmen auszusprechen und Best-Praxis-Beispiele vorzustellen.

Das BMU sieht sich in diesem Zusammenhang auch in einer Rolle als Vorreiter für praktische Beispiele. In Folge einer Server- und Storagevirtualisierung und -konsolidierung konnte der Stromverbrauch der Server in 2009 um rund 60 % (70.000 kWh/J) reduziert werden. In 2010 erfolgte eine weitere Konsolidierung durch Zusammenlegung des Rechenzentrums für IT und des Multifunktionsraums für TK. In diesem Zusammenhang wurde u.a. die Kältetechnik erneuert und umgestellt. Die Gesamteffekte können noch nicht abschließend kalkuliert werden, da bis Februar 2011 nur Verbrauchsdaten aus Herbst- und Wintermonaten vorliegen. Mit einer Halbierung des Verbrauchs (von 240.000 kWh auf 120.000 kWh) wird gerechnet.

Durch Einsatz einer Software sollen künftig die Verbrauchsdaten der Arbeitsplatzrechner und Peripheriegeräte präziser ermittelt werden. Erste Resultate zeigen weiteres Einsparpotential durch geschicktes Energiemanagement (z.B. komplettes Abschalten in den Nachtstunden). Das BMU wird in diesem Bereich einen Schwerpunkt für die kommenden 2 Jahre setzen.

Das BMU beteiligt sich intensiv – speziell auch orientiert an den Ergebnissen der eigenen Projekte – daran, Erfahrungen im Rahmen von Veranstaltungen (z.B. CEBIT, BaköV-Forum, Green-IT-Tag der Bundesverwaltung) und Printmedien (z.B. Pressebeiträge, Studien, Flyer, Poster) zu kommunizieren.

Reduzierung von CO₂ - Emissionen durch Bezug von Ökostrom

Das Bundesumweltministerium sowie alle drei Behörden in seinem Geschäftsbereich beziehen seit dem 1. Januar 2004 Ökostrom.

Die Bundesregierung hatte schon 2005 (BT-DS 15/5424) auf die Einführung einer "Arbeitshilfe" hingewiesen, die eine einheitliche Linie bei künftigen Ausschreibungen von Ökostrom in ihren Ressorts vorgeben wird.

Das Bundesumweltministerium legte im September 2006 (<http://www.bmu.de/37894>) darauf eine solche Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung im offenen Verfahren für die Beschaffung von Ökostrom vor. Diese erläutert ausführlich die vergaberechtlichen und fachlichen Grundlagen einer entsprechenden Vergabe und deren Umsetzung in die Praxis.

Auf dieser Basis wurde in den Jahren 2003, 2006 und 2009 für den gesamten BMU-Geschäftsbereich Ökostrom erfolgreich ausgeschrieben, so dass wir derzeit schon im dritten Bezugszeitraum (2010-2012) sind. Auch die Ausschreibung des Deutschen Bundestages erfolgte nach diesem Konzept.

Aus dem Haushaltsrecht kann die Unangemessenheit/Unwirtschaftlichkeit des Ökostrombezugs nicht abgeleitet werden.

Die Erfahrung der drei Ausschreibungszeiträume des BMU von 2003 bis nunmehr 2012 haben gezeigt, dass der Bezug von Ökostrom zu einem wichtigen Faktor bei der Erreichung der Selbstverpflichtungsziele des Nationalen Klimaschutzprogramms geworden ist.

Tabelle 6: Offene Maßnahmen

Bereich	Thema	Offene Maßnahmen	Verantwortlich	Termin
Energie	IT	Einsatz einer Software zum Energiemanagement von IT-Geräten	ZG I 5; GU	2012 und 2013
	Lüftung	Wärmerückgewinnung Teil-Sanierung der Lüftungsanlagen	TGM	Im Rahmen der Erneuerung der Lüftung prüfen und anzustreben. 2009/2013
	Wärme	Mitarbeiter vor Winterperiode auf ökologisches Lüftungsverhalten hinweisen	HV	regelmäßig
	Kälte-technik	Im Rahmen der Erneuerung der Kältemaschinen prüfen, welche Technologie sinnvoll eingesetzt werden kann	TGM	2006 Austausch geprüft, 2007 Förderantrag gestellt. 2008 Förderung bewilligt. Studie einschl. Planung für Bauunterlage beauftragt. Nach Vorlage der Studie wurde die Anlagenart festgelegt und Bauamt mit Umsetzung beauftragt. Ausschreibung und Um-/Einbau in 2011/12
	Dachrenovierung/ Photovoltaik	Dachstatik im Hinblick auf mögliche Nutzung einer PV-Anlage prüfen Förderantrag stellen und Mittel etatisieren Prüfung, ob Dachbegrünung noch möglich ist (in ES-Bau bisher nicht berücksichtigt).	TGM/ BBR	Prüfung in 2007 erfolgt Förderantrag gestellt. Fördermittel wurden bewilligt. ES-Bau wurde erstellt. Ausschreibung und Realisierung in 2010/2011.
	Lastmanagement	Analyse der Grundlast (ca. 250 kW) mit Hilfe der Gebäudeleittechnik	TGM	ist erfolgt, bleibt dauernde Aufgabe

Tabelle 7: Abgeschlossene/geprüfte Maßnahmen

Bereich	Thema	Abgeschlossene/ geprüfte Maßnahmen	Verantwort- lich	Termin
Energie	IT	Einrichtung getrennter Zähler/Zwischenzähler für IT-Bereich	TGM/ ZG I 5	II/2010; die Ausbringung ist erfolgt, Aus den Daten sollen Erkenntnisse über die Nutzung gewonnen werden mit dem Ziel, den Verbrauch über gezieltes Energiemanagement zu reduzieren
		Weitestgehende Umstellung von dezentralen Druckern auf Multifunktionsgeräte (Drucker/Kopierer)	IT	Konzept bis III. Qu. 2008, Umsetzung in 2009/2010. Anzahl der zentralen Drucker wurde verdoppelt. Die konzeptionelle Weiterführung erfolgt schrittweise in den kommenden Jahren
		Zusammenführung von RZ-IT und RZ-TK (NEU) inkl. Austausch der Klimatechnik	ZG I 5/ TGM/ HV/ BBR	Machbarkeitsstudie und Kostenermittlung Bauteil A bis 03/09 Bauteil B bis II/09 Aufträge in IV/09 erteilt. Abnahme Ende Mai 2010. Abnahme Inbetriebnahme III/2010
		Austausch von Röhrenmonitoren gegen TFT-Bildschirme (bis zu 60% weniger Verbrauch)	IT	Erledigt im August 2009
		Einführung von virtuellen PC; Reduzierung der Anzahl der Verbraucher	IT	Definition des Projekts im I/08, Test wegen anderer Prioritätensetzung verschoben. Test an 40 AP im I/ 09 Nach ersten Erkenntnissen, wird Thin-Client-Konzept nicht weiter verfolgt, es werden energieeffizientere Fat-Clients eingesetzt. Projekt wurde im Juni 2009 eingestellt.
		Reduzierung der dezentralen Drucker bei Doppelbelegungen	IT	ist erfolgt
		Reduzierung der Anzahl zentraler Server (fast 40% geringerer Verbrauch)	IT	Ab Januar 2008 bis II/ 2008. Ist abgeschlossen.

	GLT	Bedarfsgerechte Klimatisierung der Sitzungsräume bzw. des Ministerbereichs; dauerhafte Klimatisierung vermeiden	TGM	In 2006 durch Nutzungspläne erfolgt
	Beleuchtung	Bei GLT Schaltpunkt zum Abschalten der Beleuchtung setzen, bspw. für Eingangsbereich, Flure und wenig frequentierte Treppenhäuser	TGM	erledigt
		Erneuerung der Beleuchtungsanlage; Reduzierung des Stromverbrauchs um 3 % bezogen auf den Gesamtverbrauch (131.000 kWh)	TGM	März 2006 begonnen, Abschluss Juni 2007
	Lastmanagement	Analyse der Grundlast (ca. 250 kW) mit Hilfe der Gebäudeleittechnik sind Prüfen, welche Stromverbraucher nachts in Betrieb	TGM	bis Juni 2007 erledigt
Wasser	Küche	Erneuerung der Bandspülmaschine Einbau von Zwischenzählern (Verbrauch geschätzt: 3000 m ³ /a) zur besseren Analyse der Verbrauchswerte	HV/ TGM	Ende 2007 erl. ist erfolgt erster Jahreswert Ende 2007
	Sanitär	Einsatz von berührungslosen Waschtischarmaturen	TGM	Prüfung erfolgt, schrittweise Umsetzung ab 2008
		Test/Umstellung auf wasserlose Urinale	TGM/ HV	I/ 2008 in 5 Besucher-WC's Verlagerung in 3. OG in Toilettenanlage mit Fenster. Auf Nachfrage stuft UBA die Steine als wassergefährdend ein. Informeller Hinweis an TGM erfolgt. Hersteller hat nach eigenen Angaben eine Zertifizierung nach „Blauem Engel“ beantragt, TGM fordert hierzu weitere Informationen an, um diese ggf. mit UBA abzuklären. Nach erneuter Stellungnahme und ergänzenden telefonischen Ausführungen sind wasserlose Urinale für Verwaltungsgebäude mit begrenztem Nutzungsgrad nicht geeignet. Der Test wird beendet.

Darstellung der umweltrelevanten Verbrauchsdaten der Jahre 2007 bis 2010

Die Daten zu den Bereichen Energie, Abfall und Wasser beziehen sich auf alle Nutzer am Dienstsitz Robert-Schumann-Platz 3, da eine separate Erfassung für das BMU nicht möglich ist. Nachdem die Gebäudeleittechnik erneuert wurde, ist eine strangweise, vertikale Auswertung der Strom- und Wärmeverbräuche, jedoch keine nutzerscharfe Zuordnung möglich.

Für die Erzeugung von Wärmeenergie und den Betrieb von Geräten und Anlagen sowie für den Dienstreiseverkehr mit Bahn, Flugzeug oder PKW werden im BMU primäre Energieträger wie Heizöl, Diesel, Erdgas und Benzin sowie Strom verbraucht.

Der Energiebedarf für **Strom** konnte um weitere 160.490 kWh (4,38%) reduziert werden, was insbesondere auf die Zusammenführung des Rechenzentrums für IT und des Multifunktionsraums für Telekommunikationstechnik und angepasster Kühltechnik für diesen Bereich zurückzuführen ist.

Zu erwähnen ist außerdem, dass das BMU und die Behörden seines Geschäftsgebietes **seit 2004 Ökostrom** beziehen und dies nach einer erneuten europaweiten Ausschreibung in 2009 auch für die Jahre 2010 bis 2012 weiter so sein wird. Im **Zeitraum von 2004 bis 2010** wurden bei einem Gesamtverbrauch von 27.250.615 kWh, im Vergleich zu einem sonstigen Strom-Mix (0,613 kg/kWh) **insgesamt 16.704.627 kg CO₂ eingespart**, unter der Annahme, dass der Ökostrom CO₂-neutral produziert wird.

Bei der **Fernwärme** wurden witterungsbereinigt 23.101 kWh weniger verbraucht. Die Vorgaben zur Ressourceneinsparung werden fortgeschrieben.

Tabelle 8: Input Energie 2007-2010

Input	Einheit	2007	2008	2009	2010
Strom	kWh	3.761.084	3.724.520	3.664.160	3.503.670
Leistungsspitze	kW	1.164	1.164	1.244	1.192
Fernwärme	kWh	3.441.000	3.518.140	3.530.210	4.084.000
Fernwärme (witterungs- bereinigt) ¹	kWh	3.925.360	3.640.760	3.669.530	3.646.429
Dienstreisen gesamt ²	kWh	7.723.463	6.993.244	8.132.849	8.201.999
Dienstreisen Bahn	kWh	683.386	679.523	844.665	838.955
Dienstreisen Flug	kWh	6.597.896	5.841.042	6.834.645	7.000.029
Dienstreisen PKW (alle Dienst-Kfz. und private PKW, mit Fahrdienst [siehe Tab. 5]).	kWh	442.181	472.679	453.539	363.015

Kernindikatoren Bereich Energieeffizienz

Tabelle 9: Gesamtenergieverbrauch

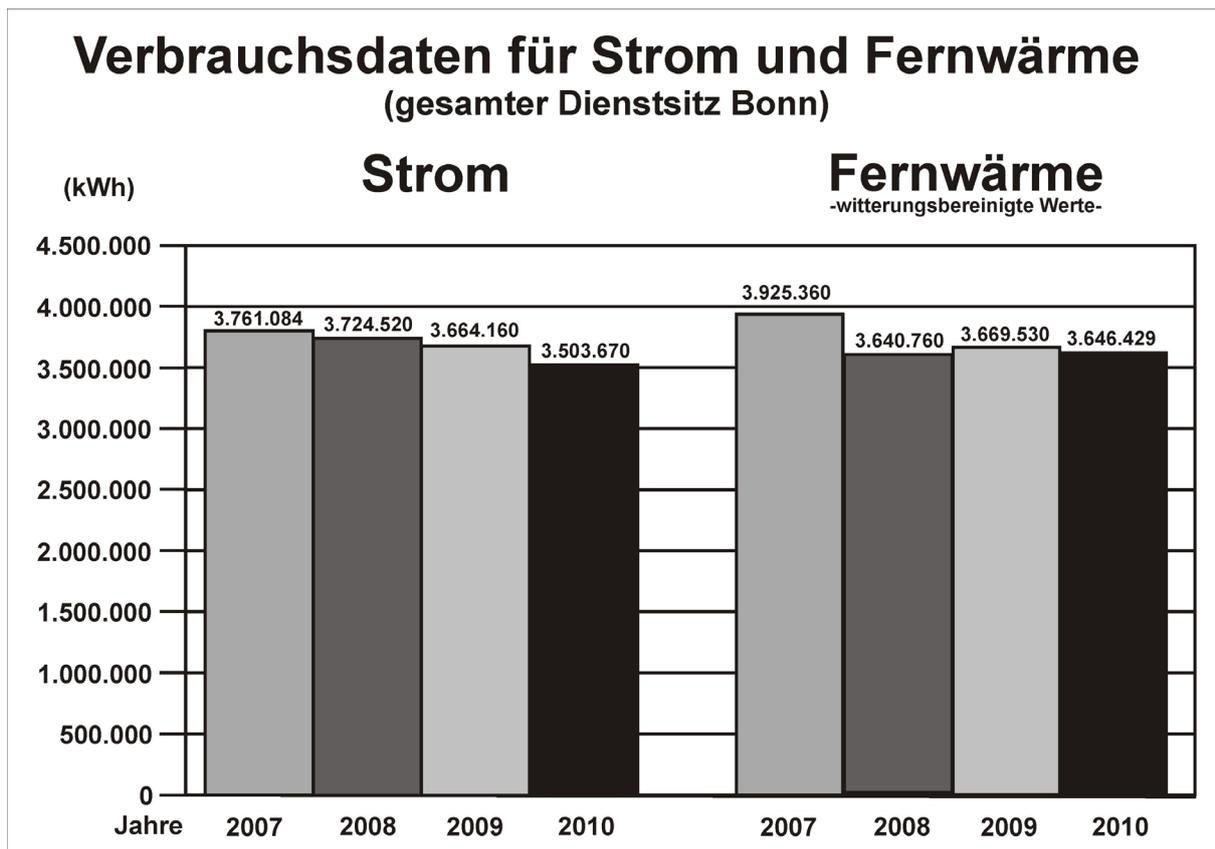
Gesamtenergiever- brauch	2007	2008	2009	2010
	MWh	MWh	MWh	MWh
Strom	3.761,08	3.724,52	3.664,16	3.503,67
Wärme	3.441,00	3.518,14	3.530,21	4.084,00
Zwischensumme	7.2020,08	7.242,66	7.194,37	7.587,68
je Beschäftigtem/Anzahl	4,81/1497	4,92/1.471	4,63/1.554	4,86/1.561
Kraftstoffe Fahrdienst	633,48	603,27	618,82	465,35
je Beschäftigtem/Anzahl	0,78/815	0,74/815	0,76/815	0,57/815
Insgesamt	7.835,56	7.845,93	7.813,19	8.053,03
Anteil Erneuerbare Energien Strom,Wärme)	52,22%	51,42%	50,93%	46,18

¹ Die Berechnung der witterungsbereinigten Fernwärme erfolgte nach folgender Quelle: Gradtagszahlen für Deutschland (IWU) www.iwu.de. Es wurde die Wetterstation Düsseldorf ausgewählt und eine Innentemperatur von 20° C angenommen.

² Die Werte für Dienstreisen der Dienstsitze Bonn und Berlin (Inland, Ausland, PKW, Bahn und Flug) wurden auf der Grundlage der gereisten Kilometer errechnet. In 2005 wurden die Angaben des Erhebungszeitraums von Anfang März bis Ende Mai auf den Jahresgesamtverbrauch hochgerechnet. Die Berechnungsgrundlage für die Energieverbräuche und Emissionen der einzelnen Verkehrsträger sind die Daten von GEMIS 4.5 und Wikipedia.

Die Stromerzeugung erfolgt zu 100% aus erneuerbaren Energien. Die Wärmeenergie wird durch Fernwärme bezogen. Da keine verlässlichen Zahlen für den Anteil Erneuerbarer Energien bei der Fernwärme geliefert werden konnten, wurde er mit Null angesetzt, obgleich durch den Bezug aus einer Müllverbrennungsanlage von einem nicht unerheblichen Teil auszugehen ist.

Abbildung 7: Verbrauchsdaten für Fernwärme und Strom 2007 bis 2010



In der **Tabelle 10** ist der Energieverbrauch unserer Staffelfahrzeuge dargestellt. Die Daten zeigen, dass der Gesamtverbrauch des Fuhrparks um 25,74% gesunken ist. Die Gesamtkilometerleistung konnte um mehr als 20% reduziert werden. Der durchschnittliche Verbrauch der Staffelfahrzeuge hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht (8,64 l/100 km statt 8,4 l/100 km)

Tabelle 10: Treibstoffverbrauch Fahrdienst 2007 bis 2010

Input	2007	2008	2009	2010

Treibstoff	Einheit	Umrechnungs- faktor ³	Menge	Menge	Menge	Menge
Erdgas	kWh	12,0 kWh/kg	29.364	7.500	1.320	4.164
	kg		2.447	625	110	347
Diesel	kWh	9,9 kWh/Liter	445.401	412.602	481.853	377.596
	Liter		44.990	41.677	48.672	38.142
Benzin	kWh	8,6 kWh/Liter	158.713	180.829	135.648	83.583
	Liter		18.455	21.299	15.773	9.719
Gesamt	kWh		633.478	600.931	618.821	465.353
Gesamt	Liter*		65.892	63.601	64.555	48.208

*für Erdgas wurde kg = l angenommen

Kernindikatoren Bereich Emissionen Fahrdienst

Tabelle 11: Input

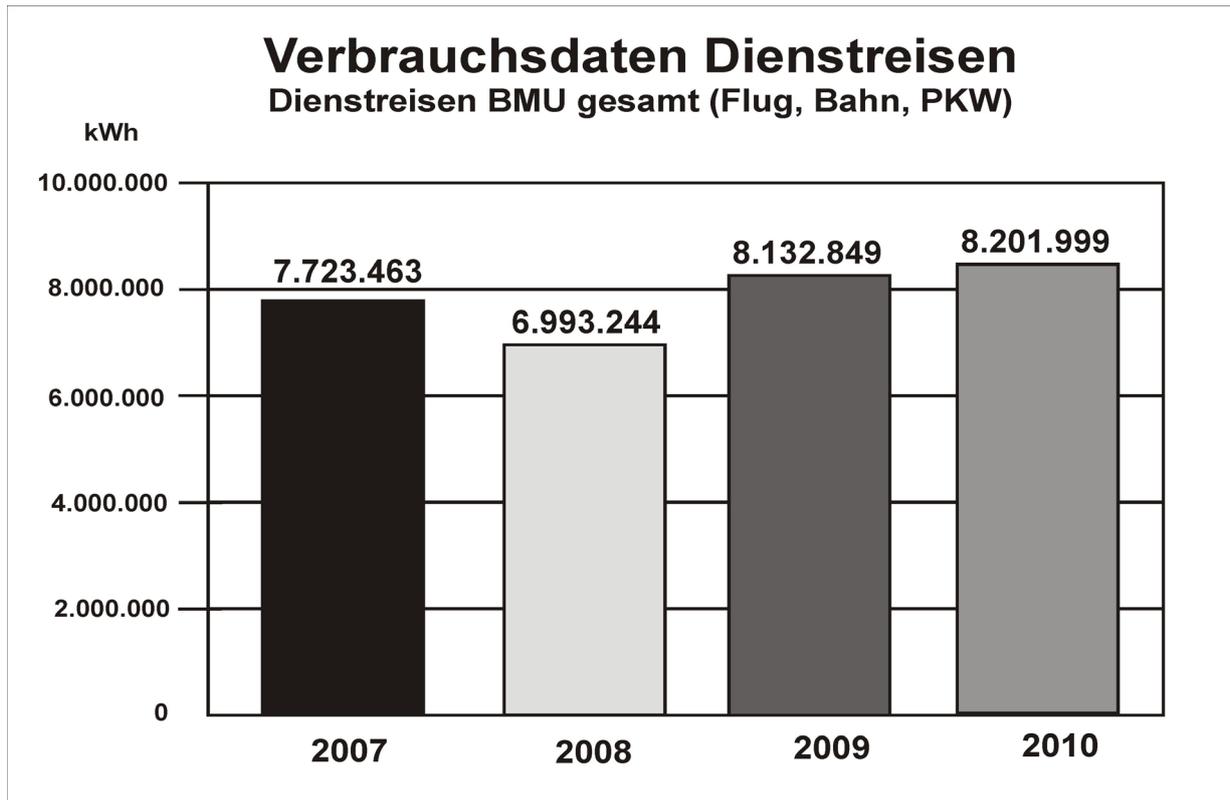
Input			2007	2008	2009	2010
Treibstoff	Einheit	Umrechnungs- faktor ⁴ / Emission	Menge	Menge	Menge	Menge
Zahl der Be- schäftigten			815	815	815	815
Gesamt	kWh		633.478	600.931	618.821	465.343
Gesamt	Liter		65.892	63.601	64.555	48.208
	t	CO2 äqu ⁵	174,00	167,90	171,30	128,10
	kg	SO2	4,35	4,30	4,36	3,24
	kg	NOx	215,57	203,01	222,62	171,03
	kg	PM	6,70	6,22	7,18	5,60
pro Beschäftigtem	t/ MA	CO2 äqu.	0,213	0,206	0,210	0,157
	kg/ MA	SO2 , NOX , PM gesamt	0,278	0,262	0,287	0,221

³ Vgl. www.aral-forschung.de/forschung/homepage/faq/02/08.content.html und Wikipedia.

⁴ Umrechnungsfaktoren nach GEMIS 4.5 PkW-DE-OTTO-BENZIN-2010, PkW-DE-DIESEL-2010 PkW-DE-OTTO-ERD GAS-2010.

⁵ CO2-Äquivalente Faktoren nach IPCC 2007.

Abbildung 8: Verbrauchsdaten für Dienstreisen 2006 bis 2009 (Bonn und Berlin)



Emissionen

Die aus dem Stromverbrauch resultierenden CO₂ Emissionen wurden nicht berücksichtigt, da Öko-Strom aus Biomasse (weitgehend CO₂ –neutral) bezogen wird.

Bei der **Fernwärme** sind die Emissionen witterungsbedingt um 125.322 kg CO₂ (15,7 %) gestiegen.

Bei den **Dienstreisen** ist eine Steigerung um 50.407 kg CO₂ (2,3 %) zu verzeichnen, die nahezu vollständig durch vermehrte Flugreisen verursacht wurden. Gründe hierfür waren insbesondere der Vorsitz der Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) in Nagoya und vorbereitende Treffen sowie die Teilnahme an der Klimakonferenz in Cancun.

Vorhaben „Klimaneutrale Dienstreisen der Bundesregierung“

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2008 hat der Bundestag am 30. November 2007 den Weg für die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 28.02.2007 zum Vorhaben „Klimaneutrale Dienstreisen der Bundesregierung“ frei gemacht.

Damit können ab diesem Jahr die Treibhausgasemissionen, die jeweils im Vorjahr im Geschäftsbereich der Bundesregierung bei unvermeidbaren Dienstflügen und Reisen mit dem Dienst-Kfz angefallen sind, durch anspruchsvolle Klimaschutzprojekte kompensiert werden. Als Geschäftsbereich der Bundesregierung werden die Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, das Bundespresseamt ohne nachgeordneten Bereich sowie das Bundespräsidialamt verstanden. Andere Institutionen des Bundes werden ermutigt, sich dem Vorhaben anzuschließen.

Die zur Kompensation ausgewählten Zertifikate werden ausschließlich aus Klimaschutzprojekten, die den Kyoto-Kriterien entsprechen, generiert und sollen darüber hinaus den klima- und energiepolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung sowie dem Prinzip der Nachhaltigkeit genügen. Damit kommen für die Bundesregierung zur Kompensation ausschließlich Zertifikate aus den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Frage.

Das Umweltbundesamt wurde mit der technischen Abwicklung des Vorhabens beauftragt und hat zur Durchführung des Vorhabens einen externen Dienstleister beauftragt. Damit ist die rückwirkende Kompensation der Treibhausgas-Emissionen, die ab 2008 durch unvermeidbare Dienstreisen der Bundesregierung angefallenen sind, gewährleistet.

Der Bund hat sich im Oktober 2010 außerdem für den Kauf „Grüner Fahrkarten“ entschieden. Ab sofort werden für alle Dienstreisen der Bundesregierung mit der Deutschen Bahn nur noch CO₂-freie Fahrten gebucht. Der Strombedarf für die Fahrt wird vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt.

Tabelle 12: Output CO₂ - Emissionen 2007 bis 2010

Output (Emissionen)	Einheit	2007	2008	2009	2010
Fernwärme ⁶	kg	778.698	796.155	798.887	924.209
Dienstreisen gesamt	kg	2.087.698	1.896.947	2.203.154	2.222.935
Dienstreisen Bahn	kg	163.814	162.887	202.473	201.104
Dienstreisen Flug	kg	1.814.489	1.606.378	1.879.506	1.924.965
Dienstreisen PKW	kg	109.395	127.682	121.176	96.867
Insgesamt	kg	2.866.396	2.693.102	3.002.041	3.147.144

⁶ Die CO₂-Emissionen der Fernwärme betragen nach Öko-Institut für 1 kWh = 0,2263 kg.

Kennzahlen Bereich CO₂ – Emissionen

Tabelle 13: Output CO₂

Output (Emissionen)	Einheit	2007	2008	2009	2010
Insgesamt	t	2.866,40	2.693,10	2.971,42	3.147,14
Fernwärme pro Beschäftigtem/Anzahl	t	0,65/1.197	0,68/1.171	0,64/1.254	0,73/1.261
Dienstreisen pro Beschäftigtem/Anzahl	t	2,56/815	2,33/815	2,67/815	2,73/815

Abbildung 9: CO₂-Ausstoß Fernwärme 2007 bis 2010 (gesamter Dienstsitz Bonn)

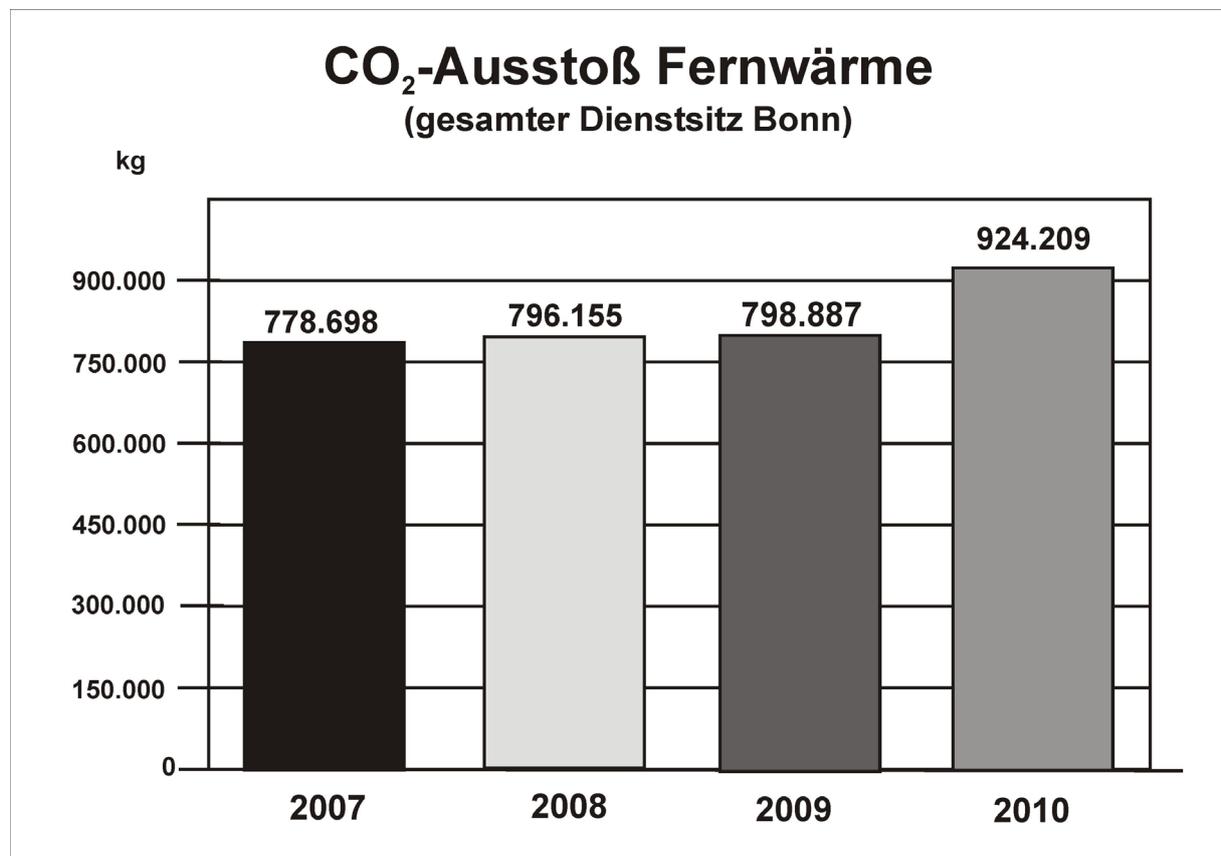
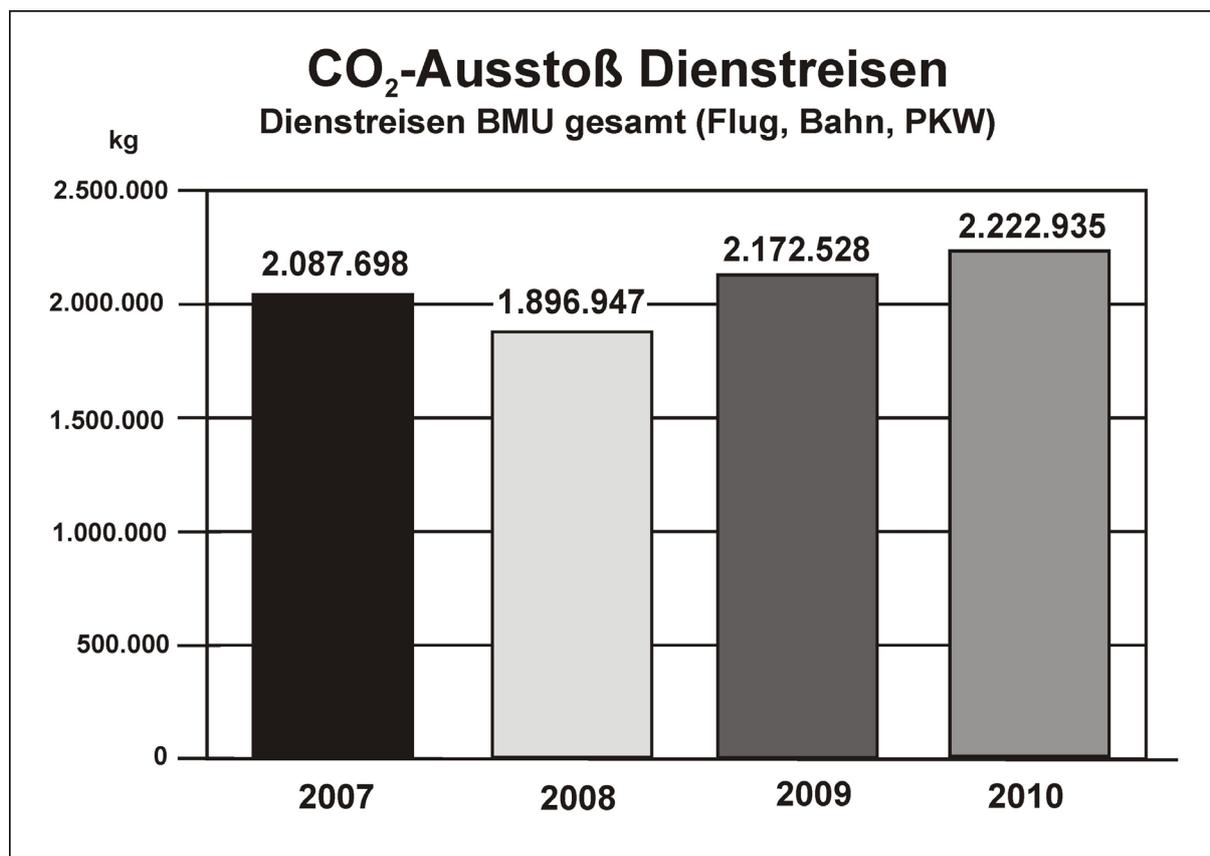


Abbildung 10: CO₂-Ausstoß Dienstreisen 2007 bis 2010 (BMU, Bonn und Berlin)



Kennzahlen

Bei 80.925 m² Gesamtfläche (72.850 m² Hauptgebäude und 8.075 m² Pavillons) ergibt sich für das Jahr 2010 ein **Stromverbrauch von 43,3 kWh/m²** (s. Tab. 8). Ohne die Berücksichtigung des Verbrauchs der Küche in Höhe von 208.755 kWh beträgt der Stromverbrauch 40,7 kWh/m². Gemäß einer Studie zu Verbrauchskennwerten von verschiedenen Gebäudearten in der Bundesrepublik Deutschland⁷ beträgt der entsprechende Kennwert (in 1999, dieser Wert wurde in der neuen Studie 2005 nicht mehr fortgeschrieben) für die Gebäudegruppe oberste Bundes- bzw. Landesbehörden“ 38 kWh/m².

⁷ Vgl. Verbrauchskennwerte 2005, Energie – und Wasserverbrauchskennwerte in der Bundesrepublik Deutschland – Forschungsbericht der ages-GmbH Münster, 1. Auflage, Februar 2007.

Beim **Heizenergieverbrauch** bezogen auf 43.833 m² Gesamtfläche (hier wird nur die beheizte Fläche und witterungsbereinigter Bedarf herangezogen) ergibt sich für den Dienstsitz im Jahr 2010 ein Wert **von 83,2 kWh/m²**. Verglichen mit dem in der genannten Studie ermittelten Kennwert von 103 kWh/m² für den Bundesdurchschnitt in der zugehörigen Gebäudegruppe ist das BMU sehr gut positioniert.

Für die Abfallfraktionen Restmüll, Biomüll und Verpackungsabfälle werden die Mengen entsprechend der jeweiligen Sammelbehälter und Abfuhrhythmen ermittelt. Bei den übrigen Abfällen werden die Gewichte, Volumina oder die genaue Stückzahl angegeben. In 2005 und 2008 fielen keine Entwickler und Fixierer zur Entsorgung an. Für Altglas wird ab 2005 je Fraktion (weiß, grün und braun) ein Container vorgehalten, der nach Bedarf geleert wird. Ab 2008 werden die Leerungen registriert. Die Entsorgung der Toner wurde ab 2005 von der Leasing Firma übernommen. In 2006 und 2007 wurden Styroporverpackungen nicht nach Lieferung (also durch den Lieferanten), sondern nach Einbau/Nutzung des Inhaltes entsorgt (also in erhöhtem Maße durch das BMU).

Tabelle 14: Output Abfälle 2007 bis 2010

Output	Einheit	2007	2008	2009	2010
Restmüll	t	21,74	21,74	21,74	21,74
Biomüll	t	12,68	12,68	12,68	12,68
Papier / Kartonagen	t	102,62	120,27	96,07	101,28
Speisereste	t	13,77	14,77	11,76	14,88
Verpackungsabfälle	t	13,73	9,64	9,37*	8,84
Wertstoffgemisch	t	1,32	5,08	0	8,52
Fettabscheiderinhalte	t	171,08	171,08	171,08	171,08
Altglas	t	8,71	8,71	8,71	1,45
Alt-CD	t	0,02	0,10	0,08	0,08
Styropor	t	0,78	0,10	0,30	0,20
Elektronikschrott/(G) Monitore (G)	t	2,39	0,84	0,99	2,40
Batterien (G)	t	0,23	0,28	0,15	0,30
Leuchtstoffröhren (G)	t	0,64	0,16	0,19	0,17
Fixierer/Entwickler (G)	t	0,23	0	0,24	0

*Datenerfassung wurde umgestellt, jetzt werden die tatsächlich entleerten Tonnen gezählt. Als Quelle der Faktoren wurden Angaben der „Abfalldaten Wien“, Fa. Remondis und eigene Ermittlungen/Umrechnungen herangezogen.

Kernindikatoren Bereich Abfall

Tabelle 15: Kennwert Abfall

Gesamtaufkommen	t	349,94	365,45	333,36	343,62
pro Beschäftigtem/Anzahl	t	0,23/1.497	0,25/1.471	0,21/1.554	0,22 /1.561
Aufkommen gefährlicher Abfälle (G)	t	3,50	1,29	1,57	2,87
pro Beschäftigtem/Anzahl	t	0,002	0,001	0,001	0,002

Wasser/Abwasser

Der Wasserverbrauch (Stadtwasser) des Dienstsitzes betrug im Jahr 2010 15.837 m³. Die Abwassermengen werden nicht gemessen, die Gebührenfestsetzung erfolgt nach dem Wasserverbrauch des Vorjahres.

Tabelle 16: Input Wasser 2007 bis 2010

Input	Einheit	Menge 2007	Menge 2008	Menge 2009	Menge 2010
Stadtwasser	m ³	14.377	14.379	15.675	15.837

Kennzahlen

Im Jahr 2010 wurden am Dienstsitz 72.150 l Wasser pro Tag⁸ verbraucht. Bezogen auf die 1.561 Beschäftigten des Dienstsitzes ergibt sich somit für jeden Beschäftigten ein Tagesverbrauch von 46,2 l. Bezogen auf die Gesamtfläche des Dienstsitzes von 72.850 m² ergibt sich hinsichtlich des Stadtwassers ein Verbrauchswert von 217,9 l/m².

Unter Berücksichtigung des Wasserverbrauchs von Küche, Kühltürmen, Teich und Baumbewässerung in Höhe von 4.435 m³ ergibt sich ein bereinigter Verbrauch von 11.438 m³, somit 51.991 l Wasser pro Tag, oder 157,01l pro m² /a bzw. 33,31

⁸Es werden 220 Arbeitstage angenommen.

l pro Beschäftigten und Tag. Der Wasserverbrauch stieg in der Küche und steht im Zusammenhang mit der höheren Zahl von Essensausgaben.

Tabelle 17: Kennwert Wasserverbrauch

Kennwert	2007	2008	2009	2010	Mittelwert gemäß Studie
Wasserverbrauch					
pro m ² /a	197 l	197,4 l	215,2 l	217,9 l	
ohne Küche	151 l	138,7 l	158,9 l	157,0 l	
pro MA/d (220 Arbeitstage)	43,7 l	44,4 l	45,9 l	46,2 l	keine Angabe
ohne Küche	34 l	31,3 l	33,9 l	33,3 l	

Kernindikatoren Bereich Wasser

Tabelle 18: Kernindikatoren Bereich Wasser

Kernindikatoren Bereich Wasser pro MA/a	9,60 m ³	9,77 m ³	10,09 m ³	10,17 m ³
---	---------------------	---------------------	----------------------	----------------------

Betriebsmittel

Für EDV-Ausstattung und den Fuhrpark bestehen Leasingverträge. Auch die Gebäudereinigung ist extern vergeben. Der Papierverbrauch beim Recyclingpapier mit Blauem Umweltengel ist im Vergleich zum Vorjahr 2009 aber auch zum Jahr 2008 wieder gesunken. Ursächlich für den Anstieg in 2009 waren insbesondere 2 Aktionen (Bereitstellung von Unterlagen im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes und für den parlamentarischen Bereich). Die Aufforderung, nur Ausdrücke vorzunehmen, wenn dies auch nötig ist, wird mit nachfolgendem Text weiterhin stets präsent gehalten.

Nicht vergessen: Umweltschutz! Müssen Sie diese E-Mail ausdrucken?

Die größere Menge an Beleuchtungsmitteln in 2010 ergab sich aufgrund der ersatzweisen Erneuerung der Mittel, die in den Jahren 2005 bis 2007 im Bereich des BMU eingebaut wurden.

In der folgenden Tabelle werden die wichtigsten Betriebsmittel im BMU dargestellt.

Tabelle 19: Input Betriebsmittel 2007 bis 2010

Bereich Verbrauch (V= Beschaffungsmenge) Bestand (B)	Artikel	Einheit	Menge 2007	Menge 2008	Menge 2009	Menge 2010
EDV-Ausstattung (B)	Server	Stück	40	19	16	25
	PCs	Stück	840	842	852	821
	Bildschirme	Stück	797	819	819	799
	Drucker	Stück	717	737	680	674
Bürokommunikation (B)	Kopierer	Stück	34	35	42	40
Fuhrpark (B)	Pkw/Kleinbusse	Stück	19	20	19	20
	Sonderfahrzeuge	Stück	2	2	2	2
Papier (V)	Recycling mit Blauem Umweltengel	Blatt	9.100.000	7.506.000	8.531.000	7.325.200
	Recycling weiß ohne Blauem Umweltengel	Blatt	512.000	344.000	968.000	89.000
	Papierhandtücher	Blatt	1.800.440	1.711.600	2.136.640	1.340.240
	Rollenhandtuchpapier	Rollen*				925.344
Büromaterial (V)	Tonerkart./Tintenp.	Stück	1.419	698	563	452
	Tonerkart./Kopierer		251	457	467	293
Reinigungsmittel (V)		L	1.578	1.623	1.572	1.219
Beleuchtung (V, geschätzt)	Leuchtstoffröhren	Stück	5.225	350	450	1.112
	Leuchtmittel	Stück	1.100	280	80	145
	Energiesparlampen	Stück	1.100	270	320	261

*Im Juni 2010 wurde in den Toiletten von Einzelblattpapier- auf Rollenpapierhandtücher umgestellt.

Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz

Da BMU vergleichsweise geringe Materialdurchsätze hat, wird hier lediglich die Kennzahl für **Recycling-Papier** dargestellt.

Tabelle 20: Kernindikatoren Bereich Materialeffizienz

Gesamtverbrauch	Einheit	Menge 2007	Menge 2008	Menge 2009	Menge 2010
16 Blatt=1m ² a 80g	t	48,06	39,25	47,50	37,07
Pro Beschäftigtem/Anzahl	t	0,0775/620	0,0647/607	0,0772/615	0,0560/662

6. Ihr Ansprechpartner im BMU

Ihr Ansprechpartner für Fragen zum Umweltmanagementsystem im BMU ist:

Reinhold Weigand, Umweltmanagementbeauftragter
Postfach 120629
53048 Bonn

Tel.: 0228 99/305-3112

E-Mail: umweltbeauftragter@bmu.bund.de

Hinweis: Zur Ressourcenschonung wird die Umwelterklärung im Internet des BMU unter Eingabe des Suchbegriffs Umwelterklärung gefunden.

Jürgen Becker
Staatssekretär

Dr. Peter Müller
Leiter der Zentralabteilung,
Grundsatzangelegenheiten des
Umweltschutzes und zugleich
Umweltmanagementvertreter

7. Gültigkeitserklärung

ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS ZU DEN BEGUTACHTUNGS- UND VALIDIERUNGSTÄTIGKEITEN

Der Unterzeichnete,
Michael Hub, EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0086,
akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)

84.1. Öffentliche Verwaltung,
84.24. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

bestätigt, begutachtet zu haben, ob der Standort wie in der aktualisierten Umwelterklärung der Organisation

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Liegenschaft: Dienstsitz Bonn, Robert-Schuman-Platz 3, D- 53175 Bonn
mit der Registrierungsnummer DE-110-00025

angegeben, alle Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009
des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) erfüllt.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der aktualisierten Umwelterklärung des Standortes ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten des Standortes innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, den 05.04.2011

Michael Hub, Umweltgutachter
Niedwiesenstr. 11a, 60431 Frankfurt am Main